Einzelpreis 15 Pfennige

Halle, Sonnabend, den 26. Januar

Jahrg. 1924 • Nr. 22

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit d. tägl. Unterhaltungsbeilage. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Bezirksorgan der SPD. ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt wöchentlich 70 Pfennige einschließlich Zustellungs-Gebühr. Für Abholer 65 Pfennige. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugsmon. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung). — Post-Scheckkonto 203 19 Erfurt. —

„Deutschland wird zahlen."

Diktator Poincaré.

Ein schüchternes Zeichen beginnender Ernüchterung.

Paris, 26. Januar. (WTB.)

Die Kammer begann gestern die Debatte über die Gesetzentwürfe der Regierung zur Sanierung des französischen Budgets. Der Abgeordnete Bolanowsky erklärte: Die Grundursache für den Frankensturz ist der Ueberschuß der französischen Einfuhr an Waren nach dem Kriege. Die Darstellung, daß für das französische Währungsunglück die ausländischen Frankenbesitzer verantwortlich seien, sei ein Märchen, denn diese hätten gerade am Steigen des Franken ein Interesse. Eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise sei der Fehlschlag des Wiederaufbaubudgets. Die Freunde Frankreichs stritten ihm nicht das Recht ab, seine Forderungen von Deutschland einzuziehen, verlangten aber die Vorlegung einer Bilanz. Der Abg. Dutreil bezweifelte, daß der neue Steuerentwurf ein Steigen des Franken herbeiführen werde. Der Abgeordnete Dubois erklärte, man habe allzulange von der Formel gelebt, Deutschland wird zahlen. Abg. Teitinger fürchtete, daß die Maßnahmen zur Unterdrückung der Steuerhinterziehungen gegenüber den Großkapitalisten unwirksam sein werden und fragte, ob die Oeffentlichkeit nicht von Parlament und Regierung Sparsamkeit verlangen könne. Als Poincaré einwarf, er werde auf Einzelheiten seines noch nicht völlig veröffentlichten Planes nicht eingehen, bevor er Vollmacht zum Erlaß der Verordnungen habe (!), wurde auf der Linken gerufen: Das ist die Diktatur! Es kam zu einem lebhaften Wortwechsel zwischen Poincaré und Herriot. Poincaré forderte dann Vertagung der Generaldiskussion, die die Kammer dann mit 458 gegen 110 Stimmen beschloß. Nur der Abg. Daudet erhielt noch das Wort, der den Ministerpräsidenten aufforderte, wenigstens die Finanzen des Ruhrgebietes in den Augen der öffentlichen Meinung zu retten. Er werde die Regierungsentwürfe nur dann annehmen, wenn die von ihm geforderten drakonischen Maßnahmen gerechtfertigt seien.

*

Die Erklärung Poincarés, er werde auf die Einzelheiten seines Sanierungs-Planes nicht eher eingehen, als er nicht die Vollmachten zum Erlaß der Verordnungen habe, ist aus dem Parlament heraus mit Recht als Diktatur bezeichnet worden. Wir glauben, daß die Kammer in den für Frankreich erst beginnenden schweren Zeiten noch manche Freude an ihrem Ministerpräsidenten haben wird. Das entscheidende Wort hat jedoch der Abgeordnete Dubois gesprochen, als er erklärte, man habe allzulange von der Formel gelebt, Deutschland wird zahlen. Das war nämlich der Zaubertrank, mit dem man das französische Volk in Ruhe wiegte, der Zaubertrank, unter dessen einschläferndem Einfluß ein mehr oder weniger diktatorisches Ministerium all' Pläne des französischen Imperialismus durchführen konnte, ohne nennenswerten Widerstand zu finden. Im Zeichen der Formel „Deutschland wird zahlen" wurde die französische Finanzwirtschaft auf den Hund gebracht, glaubte man sich der Verpflichtung entheben, durchgreifende Maßnahmen im Innern zu treffen, ließ man die Reparations- und Wiederaufbaugewinnler unbeschränkt zum Schaden der Massen des französischen Volkes schalten und walten. Heute, unter den fühlbaren Schlägen des Franken-Sturzes, kommt man zu der allerdings sehr späten Erkenntnis, daß ein Volk nicht auf Kosten eines anderen saniert werden kann, auch dann nicht, wenn man das andere Volk bis auf die Knochen aussaugt. Wie lange diese Erkenntnis gebrauchen wird, um Gemeingut der maßgebenden Kreise zu werden, sei dahingestellt. Eins aber steht fest, daß die französische Nation solange keinen Segen von ihrer Reparationspolitik haben wird, wie es ihr nicht gelingt, die Gewinne ihrer Reparations- und Wiederaufbau-Hyänen dem Staat und der Volksgesamtheit nutzbar zu machen. Aus der gegenwärtigen französischen Finanzwirtschaft wird weder Frankreich noch Deutschland noch dem Zusammenarbeiten der beiden Länder Nutzen erwachsen. Sollte die französische Finanzkrise dazu beitragen, diese Erkenntnis zu fördern, dann werden die den beiden Völkern aufgelegten Opfer nicht umsonst gebracht worden sein.

Vertragsunterzeichnung in Paris.

Durch Benesch und Poincare.

Paris, 26. Januar.

Der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei ist heute vormittag um 11½ Uhr am Quai d'Orsay unterzeichnet worden. Diese Unterzeichnung erfolgte ohne jede Feierlichkeit, indem Poincaré und Dr. Benesch im Arbeitszimmer des französischen Ministerpräsidenten ihre Unterschrift unter das längst vorbereitete Dokument setzten. Der Wortlaut des Vertrages, der unverzüglich dem Völkerbund mitgeteilt wird, soll am Sonntag gleichzeitig in Paris und Prag veröffentlicht werden.

Welchen Wert Frankreich und die Tschechoslowakei auf Vermeidung jedes äußeren Apparates bei der Unterzeichnung gelegt haben, geht daraus hervor, daß der Zeitpunkt der Unterzeichnung in den frühen Vormittagsstunden noch nicht feststand.

Ein vom Quai d'Orsay herausgegebenes Kommuniqué besagt, das heute unterzeichnete Dokument sei ein „Bündnis- und Freundschaftsvertrag". Die beiden Mächte proklamieren den vom Völkerbund festgelegten Grundsätzen über den gegenseitigen internationalen Schutz entsprechend, ihre Hochachtung vor den internationalen Verpflichtungen, ihren Willen zur Wahrung des Friedens sowie im Falle der Notwendigkeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und zur Erhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen rechtlichen und politischen Forderungen. Die beiden Mächte erklären andererseits, daß sie sich über die äußeren Fragen ins Einvernehmen setzen wollen, die ihre Sicherheit gefährden können sowie über die evtl. erforderlichen Maßnahmen. Die beiden Mächte erklären endlich, daß sie an den Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, Artikel 88, über die Unabhängigkeit Oesterreichs festhalten und über jede Art von Restauration der Habsburger oder Hohenzollern gemeinsam Stellung nehmen werden.

Der Außenminister Mac Donald.

Sein Programm. • Die ersten französischen Schwierigkeiten.

London, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Interesse der politischen Kreise wendet sich in zunehmendem Maße den außenpolitischen Absichten der Regierung Mac Donald zu. Dabei spielt die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands in den Erörterungen der hiesigen politischen Kreise insofern eine untergeordnete Rolle, als ihre Regelung sehr schnell und einfach erfolgen dürfte: England wird lediglich das Agrement für das Parlamentsmitglied O'Grady für den Botschafterposten in Moskau nachsuchen, und damit wird der entscheidende Schritt für die Anerkennung bereits vollzogen sein. In der Zustimmung der Sowjetregierung zu der Person O'Gradys wird nicht gezweifelt, zumal die Vorverhandlungen hierüber zwischen dem Auswärtigen Amt und der unter Leitung von Rakowski bereits bestehenden Handelsdelegation hierüber abgeschlossen sind. Auch die Ernennung eines russischen Botschafters in London dürfte reibungslos vor sich gehen, weil der vermutliche Botschafter Krassin sein dürfte, der schon bei den vorangegangenen bürgerlichen Regierungen Englands persona grata war. Nicht so glatt scheint sich hingegen die Frage der Neubesetzung des Botschafters in Berlin zu vollziehen. In hiesigen Blättern wird behauptet, daß von französischer Seite erhebliche Einwendungen gegen die Ernennung von Massingham erhoben werden, und es wird sogar behauptet, daß infolgedessen diese Kandidatur wieder in den Hintergrund getreten sei. Eine amtliche Stellungnahme zu dieser Frage ist bisher nicht erfolgt. Die Position der Arbeiterregierung gegenüber Frankreich wird dadurch erschwert, daß die öffentliche Meinung Englands zum großen Teil der gegenwärtigen Reichsregierung besonders kühl ist. Es wird hier z. B. unzweideutig ausgesprochen, daß Mac Donald von tiefster Sympathie für das deutsche Volk erfüllt sei, er aber sehr wenig Zuneigung für eine Regierung empfinde, die sich von Stinnes und sonstigen Schwerindustriellen beherrschen lasse. Diese Stimmung kommt bei den verschiedensten Anlässen auch in den Blättern zum Ausdruck, die Deutschland sonst am wohlwollendsten gegenüberstehen und die nahe Beziehungen zur neuen englischen Regierung unterhalten.

Es wird versichert, daß Mac Donalds Absichten zur Regelung der europäischen Fragen dahingehen, erstens die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund von Poincaré zu fordern und zweitens auf Grund dieser Zulassung zu erwirken, daß die Frage der Sicherheit Frankreichs dem Völkerbund übertragen werde. Dabei könnten besondere Garantien von britischer Seite als Ergänzung des Völkerbundpaktes in Frage kommen. In diesem Zusammenhang wird als besonders wichtig angesehen, daß auch Lord Grey am Donnerstag die gleiche Anregung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gemacht habe und Großbritannien Frankreich gewisse Garantien für seine Sicherheit anbiete. Es wird versichert, daß Grey diese Stellen seiner Rede mit Lord Parmoor, dem neuen Kabinettsmitglied und künftigen Vertreter Englands im Völkerbundrat, vorher vereinbart habe.

London, 26. Januar. (WTB.)

Reuter erfährt zu den zahlreichen Berichten über die Haltung der Regierung gegenüber Rußland, es sei bestimmt die Politik der Regierung, die Sowjetregierung anzuerkennen. Von gutunterrichteter russischer Seite wird erklärt, daß bisher keinerlei Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Anerkennung eingeleitet worden sind. Bevor diese erfolgt sei, könnten Verhandlungen über die Regelung schwebender Fragen, wie der Schulden Rußlands und der russischen Gegenforderungen an England nicht stattfinden.

*

Der englische Eisenbahnerstreik.

London, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Eisenbahnerstreik macht sich in der gesamten Industrie mehr und mehr fühlbar. Allein in der Grafschaft Wales sollen 80 000 Bergarbeiter infolge des Wagenmangels zum Feiern gezwungen sein. Die Gewerkschaft der Eisenbahner von Hull, die gegen den Willen der Zentralleitung dem Streik beigetreten war, hat am Freitag mit 122 gegen 89 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Ramsay MacDonald hat das Arbeitsministerium mit einer Enquete über den Streik beauftragt. Man glaubt, daraus schließen zu dürfen, daß die Regierung eine Vermittlungsaktion beabsichtigt.

Lassalle-Hatzfeldt.

Von F. O. H. Schulz.

III.

Alle Versuche der politischen Geschichtsschreibung, Lassalles Charakter irgendwie zu rubrizieren, sind bisher gescheitert. Daß sie scheitern mußten, hat jede Veröffentlichung des Lassalleschen Nachlasses deutlicher bewiesen. Dieser mit der außergewöhnlichen Fähigkeit seiner Rasse ausgestattete Mann, der mit titanischen Kräften nach dem Kulturbesitz der modernen Menschheit und nach der Befreiung aus den gesellschaftlichen Fesseln seiner Abstammung strebte, sah in der industrialisierten Arbeiterklasse den — wenn auch nicht einzigen so doch — stärksten Bundesgenossen für den von ihm geführten Kampf. Diese Bundesbruderschaft mußte bei der Intensität seines Denkens und Fühlens natürlich leidenschaftliche Formen annehmen. Lassalle erkannte sehr bald, daß die organisatorische Zusammenfassung der Arbeiterschaft die beste Waffe gegen die feindlichen Mächte der gesellschaftlichen und politischen Reaktion sei. Die politische und wirtschaftliche Befreiung des „Arbeiterstandes" bedeutete aber die soziale Befreiung der bis dahin als Paria betrachteten Mitglieder der Gesellschaft überhaupt. So sehr sich Lassalle auch zeitlebens mühte, seine Abstammung aus dem Bewußtsein zu streichen, so wenig gelang ihm das vollkommen. Der quälend zurückbleibende Rest mußte naturgemäß ein sich ständig verstärkender Ansporn sein, den Kampf zu steigern, sich und die mit ihm Unterdrückten an den Gewalten der gesellschaftlichen Reaktion zu rächen, sich und die ihm historisch verbundete Arbeiterschaft zur Macht oder doch zur Teilnahme an der Macht zu bringen. Dieses Ziel zu erreichen, waren ihm keine Opfer zu groß. Die Art, wie er die Familien der hinter Kerkermauern sitzenden Revolutionäre unterstützt hat, ist bekannt. Karl Marx hat sich des öfteren seiner finanziellen Hilfe erfreuen können. Jeder Hoffnungsstrahl einer revolutionären Erhebung in einem Lande, wo die Reaktion herrschte, genügte ihm, seinen ganzen Scharfsinn, seine ganze Aufmerksamkeit den Dingen zuzuwenden und den Trägern der revolutionären Bewegung zu helfen. Als im März 1863 ein Garibaldischer Offizier bei ihm in Berlin vorsprach, der sich an einer revolutionären Bewegung in Polen gegen die Zarenherrschaft beteiligen wollte, verfah er ihn freigebigst mit 60 Talern Reisegeld, um nur ein Beispiel unter vielen herauszugreifen. Für die Sache der sozialen Revolution war ihm kein Opfer zu groß.

Auch seine Verhandlungen mit Bismarck zwecks Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der Gründung von Produktivassoziationen mit Staatsmitteln gehören auf ein verwandtes Gebiet. Leicht wurde es dem ungestümen Draufgänger nicht, mit dem ihm ebenbürtigen Diplomaten zu verhandeln, der Lassalle natürlich vor seinen gegen die Fortschrittspartei laufenden Karren spannen wollte, während Lassalle auf listigen Umwegen den Versuch unternahm, Bismarcks Feindschaft gegen die herrschende Fortschrittspartei zugunsten der von den Liberalen und Konservativen gleichermaßen übers Ohr gehauenen Arbeiter auszunützen. Daß Lassalle den preußischen Ministerpräsidenten für keinen Arbeiterfreund gehalten hat, das geht sehr deutlich aus einem Brief an Sophie von Hatzfeldt vom 27. September 1862 hervor, in dem es heißt: „Gegen Bismarck-Schönhausen ist hier alle Welt natürlich wütend und oppositionsartig bis zur Krawatte. In der Tat bleibt er, Sie mögen sagen, was Sie wollen, ein durchaus reaktionärer Bursche und Junker, von dem nur reaktionäre Versuche zu erwarten sind. Das einzige, was ihn von der gewöhnlichen Kreuzzeitungspartei unterscheidet, ist, daß er nicht die doktrinäre Konsequenz derselben hat, sondern barock ist. Er ist ein barocker Kreuzzeitungsmann." Diese Briefstelle erhärtet sehr deutlich die Tatsache, daß Lassalles Verhandlungen mit Bismarck nur Versuche waren, ihn zugunsten der Arbeiterschaft zu überlisten, ihm Vorteile zu entlocken, die schließlich gegen die Reaktion doch im Sinne der Befreiung der Arbeiterschaft ausschlagen mußten. Nur eine so außerordentliche Persönlichkeit wie Lassalle, nur ein Mann wie er, der sich seiner Mittel und der Ueberlegenheit seiner Mittel ganz sicher war, durfte dieses Spiel wagen. Wie Lassalle Herrn von Bismarck und seine Absichten beurteilte, geht aus einem Brief vom 11. Mai 1864 an die Gräfin Hatzfeldt klar hervor: „Was Bismarcks eigentliche Absicht ist, ist unschwer zu durchschauen. Im wesentlichen ist sie jedenfalls diese: Er hat, wie ich schon voriges Jahr bereits sagte, von Anfang an den Wunsch gehabt, womöglich das soziale Element der Arbeiterbewegung durchzuführen, moins (weniger) das politische. Da ich nicht bereit war, hierauf einzugehen, versucht er es jetzt mit den Arbeitern direkt. Wäre diese Trennung möglich, könnte er sein Projekt durchführen — so wäre sein Profit dabei ganz klar. Er hätte die Macht dann ganz allein und brauchte mit niemand abzurechnen, nicht mit Volk, Kammer, noch Bewegung. Aber aus tausend Gründen ist dies schließlich ganz unmöglich. Er ist der Mann noch nicht, mit dem Teufel Kirschen zu essen! Er wirtschaftet jetzt, wissentlich oder nicht, als mein bevollmächtigter für Schlesien. Je mehr er in diesem Kanine herumpurrt, desto mehr zieht er mir die Bewegung groß."

Also auch bezüglich des Verhältnisses Bismarck-Lassalle gibt der Briefwechsel Aufschlüsse, die alle Behauptungen der mißgünstigen Lassalle-Kritik widerlegen. Lassalle war eben in der Wahl seiner Mittel nicht ängstlich. Erlaubt schien ihm, was den Weg zu seinem Ziele verkürzte oder ebnete. Er wollte praktische Erfolge sehen, wollte das Wachstum seines Baues miterleben. Der Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0001

dankte, daß seine Bundesgenossenschaft, die Arbeiter, noch nicht reif genug sei, um mit ihm gemeinsam zu kämpfen, erfüllte ihn zeitweilig mit tiefer Sorge. Unmittelbar nach Absendung des „Offenen Antwortschreibens" nach Leipzig schrieb er an die Freundin: „Es ist also, da die Bourgeoisie sich allerdings sehr klar ist, und in dem Falle, daß die Arbeiter vielleicht noch **nicht zur Klarheit reif sind, allerdings sehr möglich, daß ich heut über vierzehn Tagen moralisch** ein toter Mann bin und die Fortschrittspartei darüber jubelt, daß ich mich gestürzt und unmöglich gemacht habe. Aber auch das soll mir egal sein. (Der Ausdruck ist natürlich nicht wörtlich, sondern im Sinne einer der häufigen demonstrativen Uebertreibungen Lassalles aufzufassen. — Sch.) Dann abdiziere ich endlich der politischen Tätigkeit und ziehe mich rein in die Wissenschaft zurück. Die wenigen Guten werden zudem immer auf meiner Seite stehen. . . ."

•

Solche Zweifel und Depressionen schwanden jedoch immer sehr bald wieder, wenn sich irgendeiner der vielen Erfolge einstellte. Dann ging sein Schiff mit vollen Segeln, und weithin verkündete er seine Siegeszuversicht: „Ich bin übrigens schon seit drei Wochen der bestlauigste Bursche in der Welt! Weiß nicht, wie's kommt, aber ich schnaufe ordentlich Erfolg in allen Nüstern! Es ist eine Siegesgewißheit und Grünlichkeit über mich gekommen, gegen die alle frühere Sicherheit nur ein Kinderspiel war."

Die Stärke des Bandes zwischen ihm und Sophie von Hatzfeldt beweist nichts so sehr wie die Tatsache, daß er in solchen Momenten der Siegeszuversicht und der Freude ein unbezwingbares Bedürfnis fühlte, sein Glück mit der Freundin zu teilen. Ebenso fieberte Sophie von Hatzfeldt, wenn sie den Freund in Gefahr wußte und die Gewißheit hatte, ihm, dem von außen Unlenkbaren, nicht helfen zu können. Als sie am 14. August 1864, wenige Tage vor der tödlichen Verwundung Lassalles, ihn auf dem Bahnhof in Karlsruhe mit einem Ausdruck im Gesicht entraf, der furchtbare Spuren innerer Aufregung verriet, war ihre Fassung dahin, und am 16. August ereilte ihn ein schmerzbewegter Brief, dessen erschütternder Schluß folgendermaßen lautete: „Immer sieht Ihr Gesicht, wie ich es noch aus dem Waggon sah, vor mir. Wenn Sie mich hart in meinen Ermahnungen gefunden haben, so glauben Sie mir sicher, daß mein Herz dabei weit trostloser gebluteet hat als das Ihrige. Ich kann sagen, daß ich für Sie das Gefühl habe, als wären Sie mit einem materiellen Bande an mein innerstes Sein gebunden, das zerschnitten die völlige Verblutung für mich zur Folge haben müßte."

Als Lassalle kurz danach der tödlichen Kugel des wallachischen Junkers zum Opfer fiel, hatte die Gräfin nur zwei Gedanken, die sie ganz beherrschten: der Kult des großen Toten und die Rache an seinen Mördern. Wenn die Gräfin bei der Durchführung dieser ihrer Pläne sich nicht immer auf jener Linie bewegt hat, die den Interessen der Lassalleschen Organisation parallel ging, so wird ihr die Nachwelt das gern als Zeichen jener Liebe zugute halten, die ihre Ausnahme nicht mit dem Meterstabe abtrieb. Der Briefwechsel zwischen den beiden Menschen wird trotz aller Schlacken und Flecken doch als Dokument einer Freundschaft angesehen werden müssen, die die Geschichte nur in weiten Abständen gebiert.

(Schluß.)

Opfer einer kommunistischen Lüge.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Die hiesige Strafkammer hat in den letzten Tagen sechzehn Arbeiter zu mehr oder weniger schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Der auf Landfriedensbruch lautenden Anklage lag folgende Ursache zugrunde: Ende Oktober und Anfang November vorigen Jahres wurden von kommunistischer Seite Aufforderungen erlassen, in den Generalstreik zu treten und sich Waffen anzueignen. Diese Aufforderung wurde als Antwort auf den Einmarsch der Reichswehrtruppen in Thüringen und Sachsen bezeichnet. Von Oldenburg aus wurden u. a. an die einzelnen Vertrauensleute im Lande durch Boten Briefe geschickt, in denen es hieß, daß in der Stadt Oldenburg **die Arbeiterschaft die Reichswehr im Kampfe geschlagen habe und über die staatliche Macht verfüge.** Auf Grund eines solchen Briefes legten die Industriearbeiter in einigen umliegenden Orten die Arbeit nieder, zogen in Trupps aufs Land, ließen sich zu Drohungen und Gewalttätigkeiten hinreißen und eigneten sich mehrfach auch widerrechtlich Waffen an. Natürlich war von dem über Oldenburg Gesagten nicht das geringste wahr. Das Endergebnis der Dinge war nun die Verurteilung von 12 Angeklagten zu je vier Monaten Gefängnis. Wegen schweren Landfriedensbruches wurden zwei weitere Angeklagte zu je anderthalb Jahren und zwei zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Unter den Verurteilten sind mehrere kommunistische Vertrauensleute. Einer von ihnen, der seinerzeit den Brief nach dem Eisenhüttenwerk Augustfehn überbrachte, war „Odmann des kommunistischen Kurierdienstes".

Deutschnationale Hoffnungen.

Sturz der preußischen Regierung?

Die deutschnationale Presse rüstet gestern eine Meldung zu verbreiten, nach der die Große Koalition in Preußen in die Brüche gehen soll. Das rechtsbolschewistische Völkchen heulte vor Vergnügen bei bloßer Erörterung dieses Gedankens. **Sind doch die Herren Generale a. D. wir besessen auf das preußische Polizeiministerium,** um endlich einmal die Fuchtel in die **Hand zu bekommen, die man auf den Rücken der Arbeiterschaft zu jeder beliebigen Zeit herniedersausen lassen kann. Bei dem Grade dieser Sehnsucht ist es verständlich, daß die deutschnationale Presse in der Richtung ihrer Wünsche die leichte preußische Krise bereits in einen offenen Bruch und nahen Sturz der preußischen Regierung umdeutet.** Ueber den **tatsächlichen Stand der Dinge** unterrichtet folgende Meldung unserer Berliner Redaktion:

Ueber die Neugestaltung der preußischen Grundsteuer finden ununterbrochen Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien statt. Während die Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteien — die letztere mit Rücksicht auf den volksparteilichen Finanzminister — unbedingt an der Grundsteuer **festhalten, wird von den Deutschnationalen und dem im preußischen Landtag hochagrarischen Zentrum gelaufen.** Da die Grundsteuer mit ihrem Ertrage von **300 Millionen Goldmark die einzige Grundlage der preußischen Finanzen bildet, ist die Regierung entschlossen, unter Umständen die Vertrauensfrage zu stellen.** Es besteht die Aussicht, daß demokratische Staffelungsanträge die Möglichkeit zur Schaffung einer Verständigungsbasis geben.

Die Regierungsparteien unter sich.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Die Regierungsparteien des Reiches hatten in diesen Tagen mit dem Reichskanzler in Anwesenheit des Reichsinnenministers eine eingehende Unterhaltung über die politische Lage und die Einberufung des Reichstages. Der Reichskanzler vertrat die Auffassung, daß die Erneuerungs des Ermächtigungsgesetzes, das bekanntlich bis zum 15. Februar bestimmt ist, **nicht mehr notwendig ist, da die Regierung die damals zur Begründung des Gesetzes angeführten Arbeiten glaubt erledigt zu haben.** Dr. Marx ist infolgedessen auch damit einverstanden, daß Anfang Februar bereits die Ausschüsse des Reichstages wieder zu tagen beginnen. Das Plenum soll jedoch nach dem allgemeinen Wunsch der Regierungsparteien vor Abschluß der Berliner Beratungen der von der Reparationskommission eingesetzten beiden Sachverständigenausschüsse nicht zusammentreten. Bekanntlich haben darüber die bürgerlichen Parteien allein nicht zu bestimmen, sondern auch die **Sozialdemokratie hat noch ein Wort mitzureden.** An sich wäre es angebracht, das Plenum des Reichstages während der Anwesenheit der Sachverständigen in Berlin nicht tagen zu lassen. Der gleiche Grund, der hierfür spricht, hat u. a. aber gleichzeitig auch Geltung in bezug auf den Ausnahmezustand, der längst überflüssig geworden ist. **Und den ausländischen Delegierten höchstens gezeigt kann, wie traurig es in Deutschland um die Rechtsverhältnisse bestellt ist.** Vorläufig ist neben Dr. Geßler der augenblickliche Reichsminister des Innern der eifrigste Gegner der Wiederherstellung geordneter Rechtsverhältnisse. Ihm macht der Wahlausgang in Thüringen für die bürgerlichen Parteien solchen **Kummer, daß er unter keinen Umständen vor dem 10. Februar, also dem Wahltermin, seine Zustimmung zur Aufhebung des bestehenden Zustandes der Rechtlosigkeit geben will.** Unter diesen Umständen muß sich die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich die notwendigen Schritte vorbehalten.

Gescheitert ist Herr Jarres vorläufig dennoch mit der Absicht, den Einmann-Wahlkreis, wie er vor der Revolution bestand, wieder einzuführen. Die bürgerlichen Parteien haben ihm einmütig eine Absage erteilt, so daß er sich entschließen wird, die bereits ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zurückzuziehen.

Ein sauberer Plan.

Berlin, 26. Januar.

Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sollen Eisenbahn und Post neue Betriebsformen erhalten. Den Verhandlungen, die zurzeit der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister mit den Regierungen der Einzelländer führen, liegt ein Projekt der Reichsregierung zugrunde, das für beide, Eisenbahn und Post, den gemischtwirtschaftlichen Betrieb vorsieht. Zu diesem Zwecke wird die Reichsbahn aus der starren Bindung mit dem Reichshaushalt herausgenommen, um ihren Betrieb vollständig nach kaufmännischen Grundsätzen führen zu können. Diese Führung geschieht durch ein Direktorium, das sich zusammensetzt aus einem vierköpfigen Verwaltungsrat und einem zehngliedrigen Aufsichtsrat. Im Verwaltungsrat sollen vor allem Dingen die vor dem Kriege Eisenbahnen besitzenden vier großen Länder (Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg) vertreten sein. (!) Die Frage, wie und ob in diesem Verwaltungsrat auch die kleinen Staaten (!) mit ehemals eigenen Eisenbahnen vertreten sein sollen, ist noch nicht geklärt. (!) Durch Sitz und Stimme im Aufsichtsrat soll auch die **Privatwirtschaft zur Geltung kommen.** (!) Dieses Direktorium ist eine eingetragene Gesellschaft mit den Rechten einer juristischen Person. Seine Ernennung ist ausschließlich Sache der Reichsregierung. **Der Reichstag wird seines Rechtes der Budgetbewilligung entkleidet** (!) und hat nur mehr beratendes Recht.

Die bayerische Regierung soll bereits durch ihren Handelsminister **im allgemeinen ihre Zustimmung zu dem Plan der Reichsregierung ausgesprochen haben.** (!) Eine endgültige Zustimmung der anderen in Frage kommenden Staaten liegt bisher nicht vor.

*

Gegen diesen Plan der Sinnesänderung der Reichseisenbahn wird sich die gesamte Beamten- und Reichsarbeiterschaft auf das Entschiedenste zu wehren haben. Der Charakter des Planes erhellt am besten daraus, daß die bayerische (!) Regierung „im allgemeinen ihre Zustimmung" gegeben hat. Sollte es nicht gelingen, den Schlag gegen die Reichseisenbahn abzuwehren, dann hat das Industrie-Rittertum eine neue Etappe auf dem Wege zur Schwächung des Staatsgedankens und neuen Erfolg in der Richtung des Manchestertums erreicht. Das gilt es im Interesse des sozialen Charakters der Republik auf alle Fälle zu verhindern.

Zerstörter Schwindel.

Weimar, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen die Thüringische Staatsbank und ihren Präsidenten Loeb sind in der Presse schwere Anschuldigungen erhoben worden, die im wesentlichen folgendes behaupten: Präsident Loeb und die Staatsbank hätten, trotzdem dies für sie verboten gewesen wäre, Devisengeschäfte gemacht und sich dadurch schwere Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen. Insbesondere habe Präsident Loeb wahrheitswidrig behauptet, Devisenhandelserlaubnis zu besitzen. Zur Nachprüfung dieser Vorwürfe hat das thüringische Staatsministerium auf Antrag des Staatsbankdirektoriums am 21. Januar beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die mit der sofortigen Untersuchung der Anschuldigungen beauftragt wurde. Die Kommission wurde wie folgt zusammengesetzt: als Vorsitzender der Vorstand der Thüringischen Rechnungskammer, Präsident König, als Beisitzer die Mitglieder der Revisionskommission der Thüringischen Staatsbank, Schatzkommissar Direktor Maerker (Eisenach), Kommerzienrat Eduard Laux (Weimar), Geschäftsführer Dinter (Gera), vom thüringischen Wirtschaftsministerium: Ministerialdirektor Fr. Rauch, Regierungsrat Dr. Mündnicht; vom thüringischen Finanzministerium: Ministerialrat Dr. Stolze, Ministerialrat Zaubiser; vom thüringischen Ministerium des Innern: Ministerialdirektor Dr. Fahrn. Die Kommission, die in ihren Sitzungen am 22. und 25. Januar die Vorwürfe eingehend geprüft hat, veröffentlicht als Ergebnis ihrer Untersuchung folgendes:

„1. Die Kommission hat die Frage geprüft, ob die Staatsbank seit Erlaß der Verordnung über Devisenbanken sich für berechtigt halten durfte, Devisengeschäfte weiter abzuschließen. Diese Frage wurde auf Grund der vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Akten, des von der Staatsbank mit dem Wirtschaftsministerium und dem Devisenkommissar geführten Schriftwechsels und im Hinblick auf die in zahlreichen anderen Fällen geübte Praxis bejaht.

2. Die Kommission hat weiter durch Einsichtnahme in die Bücher der Staatsbank und durch Vernehmung der für den Devisen- und Sortenverkehr zuständigen Beamten festgestellt, daß Präsident Loeb mit der Staatsbank Devisengeschäfte überhaupt nicht und Sortengeschäfte nur in einem Falle, und zwar in Höhe von insgesamt etwa 26 Goldmark, getätigt hat.

3. Was angeblichen Einzelverfehlungen der Thüringischen Staatsbank gegen die gesetzlichen Devisenbestimmungen ist der Kommission der Fall Thiel (Ruhla) bekannt geworden. Hier war die Behauptung der Firma Thiel zu prüfen, daß sie die Ablieferung der bei dem Geschäft an die Staatsbank gegebenen Devisen an die Reichsbank zur Bedingung gemacht habe. Durch Zeugenaussagen ließ sich hierüber bei den widersprechenden Behauptungen der bei dem Vorgang auf beiden Seiten beteiligten Personen eine Klärung nicht herbeiführen. Ein urkundlicher Nachweis war gleichfalls nicht zu erbringen, denn der Bleistiftvermerk „abgabepflichtig an die Reichsbank" auf dem von der Firma der Kommission vorgelegten Auftragsformular läßt nicht den sicheren Schluß zu, daß das in Verlust geratene Original diesen für die Entscheidung ausschlaggebenden Vermerk ebenfalls getragen hat. Die Kommission hat daher nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Staatsbank in diesem Falle gegen die gesetzlichen Devisenbestimmungen verstoßen hat.

4. Weitere Fälle angeblicher Verfehlungen vermochten die Vertreter des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie nicht nachzuweisen."

Mit diesen Feststellungen der Untersuchungskommission ist eine neue Legende der bürgerlichen Parteien Thüringens widerlegt. Damit bleibt für die Herrschaften vom thüringischen „Ordnungsblock" Herr Jarres als eifriger Verfechter des Ausnahmezustandes die einzige Hoffnung.

Der chinesische General.

Von Joseph Roth.

Ich habe das Porträt eines chinesischen Generals, eines großen Generals, in einer englischen Zeitschrift gesehen. Es war ein Oeldruck, und man sah genau, daß es ein mongolischer und nicht etwa ein europäischer Heerführer war; man sah die gelbe Gesichtsfarbe und die Schlitzaugen und die flache Nase ohne Wurzel.

Aber der ausgesprochen mongolische General trug eine europäische Felduniform aus grangrünem Mimikrintuch und einen europäischen Säbel an der linken Seite und viele Auszeichnungen an der Brust, blaue, grüne und rote Bändchen und Schleifen, von derselben Art, wie sie auch in Europa an Generalsbrüsten und in geheimen Schubladen unserer Backfische zu finden sind.

Es war ein so herrlich-realistischer Farbendruck, der General stand so greifbar, sozusagen salutierbar, auf dem Blatt der Zeitschrift, daß man seinen Säbel schleppen zu hören vermeinte und das sanfte Klingeln seiner Medaillen und des silberne Läuten der Sporen aus edlem Stahl. Ja, wenn ich mich inbrünstig für ein paar Sekunden in den Anblick des großen Chinesen vertiefte, konnte ich mit die Stimme des Generals vorstellen und den gewaltigen Schall seines Kommandowortes, und ich hörte etwa einen Ruf, wie: „La—Gu—Yil" oder: „Me—li—tung". Und das heißt ungefähr: „Batterie stillgestanden!" oder: „Niederschießen!" oder: „Sturm". Denn, wenn auch die chinesischen Generale chinesisch kommandieren, so bedeutet der Inhalt ihrer Kommandos doch ungefähr dasselbe, wie der unserer deutschen. Und die Generale aller Länder der Welt kommandieren immer solche Dinge, wie Schießen, Stürmen, Feuer (beziehungsweise Zeitungen) einstellen, und dergleichen mehr.

Und nun geschah folgendes: Während ich mir so die Kommandos des großen chinesischen Generals vorstellte, veränderten sich allmählich die typischen mongolischen Züge des farbengedruckten Porträts. Die gelbe Farbe des Gesichts verblaßte und wurde europäisch — weiß. Die Nase sprang vor, die schielenden Pupillen richteten sich gerade, der kleine schwarze spärliche Schnurrbart sträubte sich und wurde buschig, und vor mir befand sich das Bild eines großen europäischen Generals. Ja, der Chinese war ein Europäer — nur dadurch, daß er ähnliches kommandierte, ja, erlebte.

Es war ein großes Erlebnis, als ich auf der nächsten Seite der englischen Zeitschrift das Bild eines Kulis erblickte, eines Rikschakulis. Auch dieser Mongole hatte eine große Aehnlichkeit mit einem europäischen Zigarrenpfennigsammler oder Obdachlosen. Auch sein Rücken war gebückt. Auch sein Blick war flüchtig, wie der scheue Blick eines verfolgten Tieres. Auch seine Fäuste waren derb und hingen an mageren Armen.

Und so erkannte ich die geheimnisvollen Zusammenhänge dieser Welt, und so kam ich hinter das Geheimnis, weshalb Generale, die gegeneinander Krieg führen, sich nicht persönlich in den Kampf begeben. Denn alle Generale der Welt, die gelben, die braunen, die roten und die schwarzen sind Brüder und wollen einander nicht totschlagen.

Nur die Kulis aller Länder, die gelben, die braunen, die schwarzen, die weißen haben noch nicht erfahren, daß sie auch Brüder sind. Und so schießen sie aufeinander.

Aber das kommt davon, daß die Generale weit häufiger in den illustrierten Zeitschriften abgebildet sind als die Kulis.

Das gefälschte „Bismarck"-Drama.

Emil Ludwig sendet dem „Vorwärts" aus Athen folgenden Protest gegen die Umfälschung, die sein „Bismarck"-Drama bei der Aufführung im Berliner Apollo-Theater erfahren hat:

„Nur unter den drei Bedingungen: erste Schauspieler, kein Zusatz, keinerlei monarchistische Umfälschung, willigte ich in die Aufführung im Apollo-Theater. Schon vor den Proben sah ich aber, daß die Direktion keine dieser Bedingungen ganz erfüllen wollte. Da sich trotzdem die Bühne mit ihrem ganzen Apparat als teilweise unüberwindlich zeigte, verzichtete ich auf einen Kampf, den ich nur halb gewinnen konnte, publizierte dagegen am 15. Dezember, daß ich für alles unverantwortlich sei, was dort geschehe, und reiste ab.

Daß das Stück, wie Sie selbst erwähnen, ohne Ausstattung wirklich werden kann, bewies der Dauererfolg in Frankfurt, wo wir es als Kammerspiel inszenierten; wie dies auch indessen in Königsberg, Bremen usw. geschehen sein mag. In dem bei Kiepenheuer erschienenen Buchdrama finde: sich weder der Berliner Titel noch eine Szene mit Exerzier und Wachtparade, weder ein Ball noch ein ganzer Landtagssaal. Dagegen ist Bismarcks Eigenwelt von drei Seiten: Lassalle, Virchow, Kronprinzessin, breit aufgebaut. Lassalle hat drei Bilder und der Schluß des Stückes zeigt in einer Debatte zwischen Bismarck und Viktoria deutlich die Grenzen der Blut- und Eisentheorie.

Aus allen meinen Büchern und Aufsätzen spricht eine so entschieden demokratische-antimonarchistische Grundgesinnung, daß ich mich, angesichts des vorliegenden Buchdramas, nur auf dessen Text zu berufen brauche, um jede falsche Deutung, Ausbeutung und Umdichtung im Sinne der Nationalisten abzulehnen. Gerade das Bestreben, entgegen der früheren Lehre, die ganze Passivität des Königshauses darzustellen, während andererseits Bismarcks Genie dauernd von Männern und Frauen der königlichen Familie gehemmt wurde, veranlaßte diese Form, die nichts sein will, als dramatische Geschichte, gesehen von allen Parteipunkten."

Die Ironie der Tagesgeschichte hat es gefügt, daß dieser Protest gerade zu einer Stunde eintrifft, wo nationalistische Ehrenmänner über die „Tendenzmache" eines Tellerschen Dramas Zeter schreien. Dieselben Ehrenmänner, die kein Bedenken tragen, eine reine, tendenzlose Dichtung für ihre agitatorischen Zwecke umzufälschen und die gegenden Willen des Dichters verübte Fälschung zum Anlaß monarchistischer Kundgebungen zu mißbrauchen.

Verleihung des Strindberg-Preises. Am 75. Geburtstage Strindbergs (22. Januar) wurde der jährliche Strindberg-Preis dem Werke „Dante und seine Zeit" von Dr. Karl Federn verliehen.

• **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr gelangt Shakespeares „König Lear" zur Aufführung. Sonntag (Anfang 7 Uhr): „Tannhäuser". Montag 7½ Uhr: „König Lear". Dienstag: „Kindertragödie" von Karl Schönherr.

• **Volksbühne.** Spielage: „König Lear". Montag, den 28. (B) und Donnerstag, den 31 (C). „Carmen": Sonnabend, den 2. Febr. (A). Zu dem Richard-Wagner-Abend am Montag, dem 28. Jan., abends 8 Uhr, im „Volkspark" sind noch Karten am Saaleingange zu haben. Mittwoch, den 30. Januar, abends 1/8 Uhr, im Thaliatheater: Debmels „Menschenfreunde". Karten in der Geschäftsstelle.

• **Im Thalia-Theater** gelangt morgen, Sonntag, abend 7½ Uhr das Lustspiel „Der Sprung in die Ehe" von Reimann und Schwarz zur Aufführung. Karten an der Kasse des Stadttheaters sowie an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240126 1-13/fragment/page=0002

Politische Hochstapler.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der Mittwoch-Abendausgabe des „Vorwärts“:

Wir zitieren wörtlich die Rede Kamenews auf der letzten Parteikonferenz der KPR. über die Putschabsichten der Kommunisten für den November des vergangenen Jahres. In der uns heute zu Gesicht kommenden „Prawda“ vom 17. Januar finden wir in dem Bericht über diese Parteikonferenz die Begrüßungsansprache des Vertreters der deutschen Kommunisten. Diese Ansprache ist wirklich wert, wiedergegeben zu werden. Der deutsche Vertreter — sein Name wird nicht genannt — begrüßt die Konferenz mit folgenden Worten:

„In Deutschland wollte das deutsche Proletariat im August das wiederholen, was in den Oktobertagen des Jahres 1917 das russische Proletariat unternommen hat. Aber die Kommunistische Partei Deutschlands konnte nicht siegen, da sie nicht über die grandiose Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands verfügte, die, unter illegalen Bedingungen im Kampfe mit dem Zarismus groß geworden es verstanden hat, die einmal gestellte Aufgabe zu ermöglichen — die Macht im Lande zu erobern.“

Der Redner geht dann zu einer Analyse der augenblicklichen Vorgänge in Deutschland über und fährt dann fort:

„Die Frage der deutschen Revolution — das ist nur eine Frage von Monaten. Freilich, mit genauer Zuverlässigkeit zu sagen, daß dieses Ereignis nach Ablauf einer bestimmten Frist eintreten wird, ist schwierig. Unzweifelhaft ist aber, daß das deutsche Proletariat vor dem Zwange steht, den Kampf wiederaufzunehmen und ihn bis zu Ende durchzuführen, um so mehr, als die deutsche Arbeiterklasse sich für unbesiegt hält. Davon zeugen auch die Ereignisse, die sich augenblicklich in Deutschland abspielen. Der Kampf der Ruhrarbeiter, der Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um den Achtstundentag, der Kampf gegen den Lohnabbau. Das deutsche Proletariat stellt wieder die politischen Fragen auf die Tagesordnung. Ihren ganzen Kampf führt die deutsche Arbeiterklasse unter der Leitung der deutschen Kommunistischen Partei, die aus den Erfahrungen aller früher gemachten Fehler lernen und es verstehen wird, die Arbeiterklasse zum Siege zu führen.

Es ist nicht wahr, daß die Militärs und die Fascisten der Kriegs Herr werden können, die über Deutschland hereinbricht. Die deutschen Militärs und die Fascisten, die tatsächlich augenblicklich die Macht in der Hand haben, werden nicht imstande sein, mit den Problemen fertig zu werden, die vor der deutschen Arbeiterklasse und den deutschen arbeitenden Massen stehen werden.“

Der Redner weist dann auf die Besetzung der Ruhr hin und auf die Unmöglichkeit einer Verständigung. Die ganzen Lasten würden auf die Schultern der Arbeiter gelegt werden müssen:

„Unter diesen Bedingungen ist eine weitere Erregung, ein neuer Ausbruch einer revolutionären Welle unvermeidlich. An einzelnen Orten, wo die Lasten besonders schwer auf die Bauern gelegt werden, kämpfen

die Bauern Schulter an Schulter mit den Arbeitern.

Wir werden deshalb bei einer neuen revolutionären Welle die Möglichkeit haben, sicherer zum Siege zu gelangen, um so mehr, als der bevorstehende Kampf der entscheidende Kampf sein wird. . .

Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung im Westen geht bedeutend schneller, als wir voraussahen. (!) Augenblicklich hat sie so große Arbeitermassen Westeuropas erfaßt, daß sie von ihrem Siege überzeugt sind.“

Es ist doch schön, daß man die grotesken Lügen, die die deutschen Kommunisten den Russen auf ihren Konferenzen und Versammlungen aufzutischen wagen, gelegentlich schwarz auf weiß vor sich sehen kann. Man tut den Herrschaften wohl nicht unrecht, wenn man sagt: So sprechen politische Hochstapler, die für ihren Zerstörungskampf sich neue Subventionen zu erbetteln suchen. Im übrigen kann man für die Offenherzigkeit, mit der sie dort — in Rußland — offen bekennen, daß alle ihre Aktionen im November vergangenen Jahres und auch die, an denen sie jetzt wieder arbeiten, nur dem einen Ziele dienen, die Republik über den Haufen zu rennen. Das wird diesen die Stellungnahme zu den Kommunisten erleichtern.

Politisches Gesindel.

Die völkischen Judasse unter- und gegeneinander.

Die Aufklärung des Mordplanes gegen General v. Seeckt gewährt immer lieblichere Einblicke in die angebliche Geschlossenheit der völkischen Bewegung. Der verhaftete Augsburger Fabrikbesitzer Dr. Grandel war eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, dessen Vorsitzender Claß bekanntlich bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist. Diese beiden völkischen Richtungen denunzieren sich jetzt gegenseitig, die eigentlichen Urheber des Mordplanes zu sein, und nehmen für sich selbst das Verdienst in Anspruch, die Verschwörung aufgedeckt zu haben. Es wird sehr interessant sein, festzustellen, von welchen Kreisen nun wirklich das Komplott ausgegangen ist. Herr v. Graefe verwahrt sich sehr entschieden gegen die verstückte Verdächtigung der Deutschvölkischen Freiheitspartei durch die „Deutsche Zeitung“ und deutet an, daß nach den Ermittlungen ganz andere Leute als seine Freunde „umgehenderlich entlarvt dastehen“ werden. Auf jeden Fall ist es eine feine Gesellschaft, die Mordpläne ausbrütet, sich gegenseitig bespitzelt und schließlich dem Staatsanwalt ausliefert.

Der Abbau Kahrs.

München, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Zur Widerlegung Berliner Zeitungsmeldungen wird durch eine halbamtliche Mitteilung bekanntgegeben, daß der Generalstaatskommissar v. Kahr in keiner Weise die Absicht des Rücktritts habe. Das mag zunächst richtig sein, aber ebenso richtig ist, daß der Generalstaatsanwalt in der Tat abbaut. Der beste Beweis dafür ist, daß er mit dem heutigen Tage jene Verordnung vom 1. Okt. 1923 zurückgezogen hat, die in der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft Bayerns seinerzeit den größten Unwillen erregt und selbst die Arbeitnehmer der dem Herrn v. Kahr nahestehenden politischen Organisationen gegen sich auf den Plan gerufen hat, nämlich die Verordnung über das allgemeine Streikverbot. Seinen Rückzug verdeckt Herr v. Kahr damit, daß er das Verbot von Streik und Aussperrung wenigstens für die sogenannten lebenswichtigen und gemeinnützigen Betriebe aufrechterhält.

Bayerisches.

München, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Oberlandesgerichtsrat Poehner ist an einem Magen- und Darmleiden derart schwer erkrankt, daß er zur Klinischen und Röntgenbehandlung in einer Privatklinik untergebracht wurde.

*

In Nürnberg ist unter dem Namen Deutsche Arbeiterpartei eine neue deutschvölkische Organisation ins Leben gerufen worden, die ihre Beteiligung an den politischen Wahlen ankündigt. Letztere dürfte wohl im Rahmen des sogenannten völkisch-sozialen Blocks erfolgen.

Vor der Bestattung Lenins.

Moskau, 26. Januar. (Eig. Bericht.)

Die Beisetzung Lenins erfolgt erst am Sonntag, weil den ausländischen und auswärtigen Delegationen der Arbeiterorganisationen auf allgemeinen ausdrücklichen Wunsch Gelegenheit gegeben werden soll, noch an der Beerdigung Lenins teilzunehmen. Die Beisetzung selbst erfolgt auf dem „Roten Platz“ in Moskau. Es ist zu diesem Zweck ein provisorisches Holz-Mausoleum in der Form einer Pyramide errichtet worden. Hier soll der Sarg, mit einem Glasdeckel versehen, aufgestellt und rings umher eine Galerie errichtet werden, von der aus den einzelnen Delegationen Gelegenheit gegeben werden soll, den Leichnam zu sehen. Bis Sonntag bleibt die Leiche im Gewerkschaftshaus aufgebahrt, wo Arbeiter und Bauern sowie bekannte Mitglieder des kommunistischen Exekutivkomitees abwechselnd die Ehrenwache halten. Vor dem Gebäude warten Tausende auf Einlaß.

Der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, legte am Freitagnachmittag um 3 Uhr im Namen des diplomatischen Korps einen Kranz auf dem Sarge nieder.

Inzwischen ist das Beileidstelegramm der 2. Internationale in Moskau eingetroffen und veröffentlicht worden. Sonderbar ist, daß Sinowjew trotzdem gerade in diesem Augenblick in der „Prawda“ unter der Ueberschrift: „Der Tod Lenins und die Aufgaben der Leninisten“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es u. a. heißt, daß die 2. Internationale noch immer die internationale Arbeiterbewegung vergiftet und sich von dem schweren Alpdruck der Wegelosigkeit nach dem Weltkriege bisher noch nicht befreien konnte.

Die hohen Frachten sind schuld?

Die Krise im Ruhrbergbau.

Bochum, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Lage im Bergbau soll jetzt durch erhebliche Gütertarifermäßigungen gebessert werden. Nach Mitteilungen von Unternehmerseite sollen die bestehenden Schwierigkeiten im Absatz lediglich eine Tariffrage sein, was natürlich anzutreffend ist. Indessen ist man im Reichsverkehrsministerium bereit, den Wünschen der Bergindustriellen entgegenkommen und mindestens für die Zechen des Ruhrgebiets wesentliche Erleichterungen zuzugestehen. Die letzte Frachtermäßigung erfolgte im Dezember 1923 und betrug 8 Prozent. Man erwartet, daß das Reich in Anbetracht der Lasten, die die Ruhrindustrie zu tragen hat, weitere erhebliche Begünstigungen gewährt. Inzwischen verschärft sich die Bergbaukrise. Auch am Freitag liegen eine große Anzahl neuer Anmeldungen von Feierschichten vor. Der Druck auf die Arbeiterschaft wächst. Bezeichnend für die verzweifelte Lage sind die in letzter Zeit sich häufenden Ueberfälle bewaffneter Gruppen auf Polizeipatrouillen, die in Essen, Königshütte und Bochum Opfer forderten. — Ueber das Ausmaß der Wirtschaftskrise des industriellen Westens informieren die Zustände im Siegener Montanrevier, wo befürchtet wird, daß in kurzer Zeit auch der letzte Hochofen abgeblasen werden muß. Auch hier werden die Schwierigkeiten auf die hohen Frachten zurückgeführt, so daß man annehmen kann, daß die gesamte Schwerindustrie einen großen Feldzug gegen die augenblicklichen Frachtsätze der Eisenbahn vorbereitet. Interessant dabei ist übrigens daß die Fertigindustrie sich neuerdings wieder schärfer als zuvor gegen die Preispolitik des Roheisenverbandes wendet, dem man eine verschlechterte Preispolitik vorwirft.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisen-Markt.

Der Bedarf in den Nebenvaluten war auch am Freitag verhältnismäßig nur gering. Die Anforderungen in den Hauptvaluten London und Holland sind gegenüber den Vortagen kaum verändert, dagegen hat die Nachfrage nach Kabel Neuyork nachdem die Devisenkurse ziemlich in Partiat mit Kabel Neuyork gebracht sind, eher etwas nachgelassen. Nennenswerte Kursveränderungen traten nicht ein. Kabel Neuyork 4,2 Billionen und London 17,75 Billionen.

Auch London und Holland wurden wieder je 15 Prozent, Kabel Neuyork 10 Prozent zugeteilt. Die übrigen Valuten, in denen im Markte zumeist ein Ausgleich erfolgte, wurden voll berücksichtigt.

Im internationalen Markt liegt der Franken etwas fester. Hier stellte sich London gegen Paris ohne nennenswerte Umsätze auf 93¾ und Kabel gegen Paris auf 22¼. London liegt gegen Kabel mit 4.22¼ ebenfalls eine Kleinigkeit fester.

Am Notenmarkte wickelte sich das Geschäft ebenfalls in ruhigen Bahnen ab. Dollarnoten mußten auch heute mit zirka 1 Prozent scharf repartiert werden, dagegen hat das Angebot in italienischen Lire zugenommen, so daß die Anforderungen in diesen Noten heute mit 40 Prozent berücksichtigt werden konnten.

*

Markbewertung in Neuyork in der Schlußbörse 23½ bis 24, Nachbörse 23½ bis 23¾ Cents. Dollarparität 4,25 Billionen.

Hypotheken-Aufwertung.

Die „Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler“ hat zu der Frage der geplanten Hypothekenaufwertung Stellung genommen und der Reichsregierung folgenden Vorschlag unterbreitet: „1. Von der Aufwertung der Hypotheken ist bis zu einer Mindestvermögensgrenze abzusehen. Erst bei Ueberschreiten dieser Grenze des freizulassenden Mindestvermögens des Schuldners darf aufgewertet werden, und zwar in progressiver Staffelung, so daß bei Schuldnern mit großem Vermögen die volle Schuld aufgewertet wird. Dasselbe gilt für die Sparkassen und die Anleihen des Staates. 2. Die aufgewerteten Summen sind in Verwaltung des Staates zu geben. Der Staat ist verpflichtet, diese Gelder nur zur Auszahlung für solche Gläubiger von Hypotheken, Sparkassenguthaben oder Staatsanleihen zu verwenden, die nicht mehr als das unter Punkt 1 festgesetzte Mindestvermögen besitzen. Die Auszahlung hat in Staffelung zu erfolgen, und zwar so, daß der Unbegüterte den höchsten Prozentsatz erhält. Dabei kann entsprechend der zur Auszahlung in Betracht kommenden Anzahl von Gläubigern und entsprechend der zur Verfügung stehenden Summen eine Höchstauszahlungssumme festgesetzt werden.“

Schiffahrts-Statistik.

Die drei großen Hafen Europas, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam, wiesen in den Jahren 1922 und 1923 folgende Bewegung auf:

	Zahl der Schiffe			Gesamttonnage		
	1922	1923		1922	1923	
Hamburg	10 888	12 340	+ 1 502	13 005 134	15 400 923	+ 2 395 789
Antwerpen	8 323	9 351	+ 1 028	15 050 182	17 349 098	+ 1 749 916
Rotterdam	8 462	8 069	— 393	12 338 016	11 401 865	— 936 151

Während also der deutsche und der belgische Hafen eine Zunahme der ein- und auslaufenden Schiffe und der Tonnage aufweisen, hat das niederländische Rotterdam einen Rückgang zu verzeichnen. Hamburg steht, soweit die Zahl der Schiffe in Frage kommt, an der Spitze, wird aber in der beförderten Tonnage von Antwerpen überholt. Das ist ein Beweis dafür, daß sich Hamburg mit kleineren Schiffen behelfen muß, während die großen internationalen Ueberseedampfer statt in Hamburg in Antwerpen einlaufen.

Aus aller Welt.

Todesstrafe für Kindesmord.

Bernburg, 25. Januar.

Die Strafkammer Bernburg verurteilte heute nach sechseinhalbstündiger Sitzung den Landwirt Friedrich Fischmann wegen Mordes, begangen an seinem Sohne Alfred, zum Tode. Der Angeklagte war beschuldigt, seinen Sohn auf seinem an der Saale gelegenen Acker mit der Rübenhacke mit den Kopf geschlagen zu haben und den so Betäubten unter Beihilfe seines jüngsten Sohnes, der ebenfalls unter Anklage stand, in die Saale geworfen zu haben. Zur Vertuschung der Tat hatten die Unmenschen den Unglücklichen bis auf Strümpfe und Weste ausgezogen und die Kleidungsstücke dann verbrannt. Das Gericht stützte sich in der Hauptsache auf die Aussagen des Sohnes, die dieser während der Untersuchungshaft gemacht, in der Verhandlung allerdings teilweise widerrufen hatte. Der Angeklagte Fischmann sen., ein verkommener Mensch, leugnete standhaft seine Schuld und nahm das Urteil ohne Zeichen äußerer Erregung entgegen. Der junge Fischmann erhielt zwei Jahre Gefängnis wegen Beihilfe. Das Urteil ist nach der Notgerichtsverordnung sofort rechtskräftig. (1)

Bandenüberfall. Aus Paderborn wird gemeldet: In einer der letzten Nächte überfiel eine Bande von etwa 20 maskierten und mit Armeepistolen bewaffneten Räubern das Gehöft eines Landwirtes. Sie trieben die Bewohner des Gehöfts in den Keller und plünderten die Besitzung aus. Große Warenvorräte, Gold- und Silbersachen sowie ein großer Posten von Bargeld wurden geraubt. Die Räuber verließen morgens das Haus und entkamen unbekannt.

Doppelmord bei Nürnberg. Nach einem Festgelage wurden in der Nacht auf Mittwoch in dem Städtchen Schwabach bei Nürnberg der 21 Jahre alte Arbeiter Künst und seine Geliebte, die 26jährige Kellnerin Anna Obermeier, beide von Nürnberg, auf bestialische Weise ermordet. Als Verüber dieser Bluttaten wurde gestern der Hausierer Martin Speckinger aus Effenhausen bei Wassertrüdingen am Zum. der am Nachmittag nach der Tat einen Selbstmordversuch verübte, indem er sich vor einen Zug warf, ermittelt und in verletztem Zustande in das Nürnberger Krankenhaus eingeliefert. Speckinger ist geständig, will aber den Künst nicht haben töten wollen, sondern nur in Notwehr angegriffen haben. Die Obermeier habe er in einem heftigen Streit umgebracht.

Bahnunglück. Auf dem Bahnhof Myslowitz fuhr eine Rangiermaschine in voller Fahrt einem leerstehenden Personenzug in die Flanke. Lokomotive und mehrere Wagen wurden stark beschädigt. Lokomotivführer und Heizer sprangen ab. Die führerlose Lokomotive sauste in voller Fahrt in die Mauer eines Stellwerkes, wo sie stecken blieb. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

Rester-Tage

RESTE 6 Tage Herrenstoffe Damenstoffe

Rester-Verkauf

Sonnabend, 26. 1. 24 bis Sonnabend, 2. 2. 24

Reste in Anzugstoffen (blau und farbig), Kostümstoffen, Mantelstoffen, Hosenstreifen (marengo, schwarz) für Gesellschafts-Anzüge, Gabardine für Kostüme und Anzüge, Kleiderstoffen usw.

Die billigen Preise des Inventur-Ausverkaufs nochmals bedeutend herabgesetzt

Mitteldeutsche Textilgesellschaft m. b. H. Gr. Ulrichstr. 12/52

Spezialhaus für Damen- und Herrenstoffe

Rester-Tage

Rester-Tage

Damenstoffe 6 Tage RESTE Herrenstoffe

Rester-Tage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0003

Engelhardt-Bock

Gehaltvoll und bekömmlich!

Vereins-Kalender

der VSPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Hara 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweilig. Mitgliedspreise zuzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Jungsozialisten. Sonntag früh Beteiligung an der Jugend-Bezirkskonferenz. Nachmittags dort Treffen zur Halbtagesfahrt. — Dienstag im „Heim" (Widenplan 20): Fortsetzung der Politischen Debatte. Einleitung Heinrich Deist. Gäste willkommen.

Merseburg. Montag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, Sittnerstr. 4 (Parteibureau): Sehr wichtige Funktionärsitzung.

— **Zentralverband der Angestellten.** Donnerstag, den 31. Januar 1924, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Jahresversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 4929 Der Vorstand.

Benndorf. Sonntag den 27. Januar, nachm. 4 Uhr, beim Genossen Wenzel: Mitglieder-Versammlung. Um dringendes und pünktliches Erscheinen wird wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung gebeten. Referent: Genosse Kümpel (Merseburg).

Roßbach. Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3½ Uhr Mitgliederversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen notwendig.

Grünewalde. Sonntag, den 27 Jan., nachm. 4½3 Uhr, im Gasthof Gottb. Schmidt, Zimmer 6: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die politische Lage und die Stellung der Partei. Referent: Genosse Alfred Wielepp (Halle).

Nebra a. U. Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Ratskeller" Oeffentliche Volksversammlung. Genosse Guske, Landrat, Merseburg spricht über Kommunalpolitik und Arbeiterklasse! Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Arbeiter-Samariter-Kolonne (E. V.). Sonntag, den 27 Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Volkshaus" Generalversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Arbeiter-Turn- u. Sportvereinigung „Ludwig Jahn" (Eisleben).
Sonntag, den 27. Januar 1924 nachm. 3 Uhr, im „Volkshaus": General-Versammlung. Tagesordnung: Berichte Vorstandswahl. Vereinsangelegenheiten. Wir bitten um pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder. Der Vorstand.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Hara 42/44.

Kaufmännische Privatschule
von **Wilhelm Baer,**
Geiststraße 41, II.
Anmeldung für den Aprilkursus erbitte ich jetzt.

Schokoladen
Zuckerwaren usw.
kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei
Willy Volgt (vormals)
Bachran & Co.
Markt 6 (gegenüber Börse).

Neu! Neu!
Max Beer
Allgemeine Geschichte des Sozialismus
Jedes Bändchen des komplett vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Beers wirklich hervorragende Arbeit, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsschreibung in eine Reihe gestellt werden. Diese in sicheren roten Leinenband gebundene Ausgabe kostet 8 Mark.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Stadt-Theater.
Sonntag, abends 7 Uhr: **Tannhäuser**
Montag, abends 7½ Uhr: **König Lear.**

Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr: **Ein Sprung in die Ehe.**

Koch's Künstlerspiele
Bunte Bühne
Der größte Erfolg aller Darbietungen ist das **4. Programm** der **erstklassig.**
Fritz Weber-Sänger
und die Tanzsterne **Geschwister**
Thesen
Heute, von abends 11 Uhr:
Wohltätigkeitsfest und Bazar zum Besten der **Altershilfe**

Mod. Theater
16. bis 31. Januar:
Mädi
Operette von Rob. Scholz
Der neueste Schlager!
500 Aufführungen in Wien u. Berlin

Schlieder-Ausschnitt
F. Noah,
Leipziger Str. 16, Ecke Sandberg. 4591

Herren-Hut-Reparaturen!
Jetzt sehr billig!
Lieferung in 8 Tag.
Stroh- u. Filzhut-Fabrik
Franz Zenk
Halle a. S., Kl. Berlin 2
Fabr.-Niederlagen
Leipziger Straße (Ecke Poststr. 1)
Große Klausstraße 1
Merseburger Straße 161
Gegründet 1910.

Preiswerte Bezugsquelle

Seilerwaren aller Art
Hensel & Kaps,
Königstraße 62.
Teleph. 3878.

Haupterwerb. Vertriebsstelle vergeben nach dort. F. C. Pilling, Jena 17.

Rothrauner Dackel R 22., abends 8 Uhr abh. gekommen. Gegen gute Belohnung bitte abzug. Dr. **Fischer** Friedrichstr. 14 4924

Alle Sorten Felle, Häute und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz
Fischerplatz 2
Telephon 1178. 4889

Halt!
Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Verzinsungsschätzungen usw. finden hier stets einen Erfolg.

Am Riebeckplatz C.T **Gr. Ulrichstr. 51**

Der grosse Erfolg!
Grenzenloser Beifall bei offener Szene
Wilhelm Tell
7 Akte 7 Akte
Aus den Befreiungskämpfen der unterdrückten Schweiz.
Unter Mitwirkung des Soloquartetts der „Männer-Liedertafel von 1845".
Morgen (Sonntag) nachm. 2 Uhr
Große Jugend-Vorstellung.

Täglich vor ausverkauftem Hause!
Der gewaltige Doppel-Spielplan:
Die geheimnisvolle Goldinsel
Große Abenteuer-Sensation in 3 gewaltigen Akten.
Ferner: Das Großstadt-Sittenbild
Ratten der Großstadt!
Ein Spiegelbild aus dunklen Tiefen der Weltstadt.
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Volkspark-Varieté
Nur noch 5 Tage
das fabelhafte Varieté-Programm mit **Rolf**
Sylvero
und außerdem, zahlreichen Wünschen entsprechend, das erfolgreiche Sittenstück
Mädchenhändler!

Schlafzimmer schöne Küchen sowie alle sonst. **Einzelmöbel** auf bequeme **Teilzahlung** zu bekannt gesetzten Preisen
N. Fuchs,
Möbelhaus, **Halle,**
Gr. Ulrichstr. 56
I., II., III. Et.

Krätzurgan beseitigt sofort unauffällig, mild, unschädlich. Auch nur fast alle Hautleiden. Drog. Kuhnt, Gr. Ulrichstr. 51. Auch Versd.

Eröffnung
meiner Sonderabteilung
Emaille-Geschirre
Sortiment in drei Farben
Großer preiswerter Einkauf einer **erstklassigen** Qualität ermöglicht mir besonders **billigen Verkauf**
Besichtigung zwanglos erbeten
Louis Böker
Leipziger Straße 7

Achtung! Billig!
Prima Kernsohlenleder
in allen Größen,
Holzschuhe .·. Holzpantoffeln
mit nur gutem starkem Lederblatt zu äußerst billigen Preisen.
Otto Fricke, Pantoffelfabrik
Nur Kleine Ulrichstrasse en gros Tel. 4912. en detail **31**

Klubsessel u. Sofas
nach **aparten Entwürfen — eigener Erzeugung**
Solide Preise! :: Kulante Bedienung!
Bruno Paris, Leipziger Strasse 12

„Lachen links"
Das Witzblatt der Republik!
Preis 25 Pfennig
Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung, nur Gr. Ulrichstr. 27

RUMBO
Kernseifen, Toiletteseifen, Seifenpulver
erfreuen sich der größten Beliebtheit aller Hausfrauen
Alleinige Hersteller:
Gebr. Rumberg, Dampf-Seifen-, Soda-Fabriken, Freital-P.
Generalvertreter (Auslieferungslager):
Ant. Märmann, Halle a. S., Pfännerhöhe 2
Telephon 1604 4921

Volkspark
Heute, Sonnabend:
BALL
Bockbierfest :: Varieté
Sonntag:
Ball :: Varieté 4807

Halbheer's Weinstuben
Gr. Ulrichstraße 10
Tägl. vornehmes Konzert
Jeden Sonntag 5-Uhr-Tee

Nicht versäumen!
Schultheiß
Merseburger Strasse 10.
wiederholt morgen das
Bockbier-Fest
in allen Räumen! 4930

Rakete
Das glänzende Programm mit nur Künstlern erster deutscher Cabarethühnen
Sonnabend nach dem Cabaret
BALL
Sonntag 5-Uhr-Tee!

Schmeisser
Gr. Märkerstrasse 5
Leder-Handlung
Lederausschnitt
Schuhmacherbedarfsartik.
Gummiabsätze
Schnürsenkel, Schuhcreme

Möbel auf **Teilzahlung.**
Grosse Auswahl kompletter Küchen, Schlafzimmer Speisezimmer, Herrenzimmer, Polstermöbel, Kredenzen, Schreibtische, Küchenbüfetts usw.
Leichte Zahlungsweise
Bequeme Wochen- oder Monatsraten.
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstr.

Kernseifen
Toiletteseifen : Frisierkämme
zu niedrigsten Preisen liefern nur an Wiederverkäufer
Baruch & Co., Thielenstr. 4
am Bahnhof, Ausgang Thielenstr. 4592

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Uhren-Reparaturen gewissenhaft schnell und billig.
Hermann Koch
Uhrmachermeister
5 Liebenauer Strasse 5

Lehrlinge
für alle männlichen und weiblichen Berufsarten vermittelt kostenlos **Städt. Arbeitsamt Halle,** Salzgratenstr. 2, Fernruf Magistrat. Anmeldung von Lehrstellen erbeten. 4480

Genossen! Werbt neue Leser!

Amtliche Bekanntmachungen

Delitzsch

Am Schwarzen Brett: 4826

Hundesteuerordnung. — I. Nachtrag zur Biersteuerordnung. — Verwaltungsgebührenordnung.

Magistrat Delitzsch.

Familien-Nachrichten

Nachruf.

Bei der am Donnerstag, dem 24. Januar 1924, erfolgten Explosion wurde unser Kollege, der **Meister**

Erich Ritz

wohnhaft Neu-Rössen, im blühenden Alter von 28 Jahren unseren Reihen entrissen.

Wir beklagen den Verlust eines Kollegen, der mit großer Treue und Opferwilligkeit stets der Kollegenschaft zur Seite stand. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Deutscher Werkmeister-Verband Ortsgruppe Leuna

Wir bitten unsere Kollegen, sich an der am Sonntag, dem 27. Januar, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof des Zweckverbandes Leuna stattfindenden Beerdigung zahlreich zu beteiligen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Januar 1924.

Mehr Pfennige für die Kriegsopfer!

Der Reichsbund der Kriegsopfer hat durch seinen Vorsitzenden im preußischen Landtag den Antrag eingebracht, „das Staatsministerium zu ersuchen bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß schnellstens eine der Lebensnotwendigkeit entsprechende Erhöhung der Renten vorgenommen wird.“ Wie berechtigt der Antrag ist, zeigt der Hinweis, daß ein 100 Prozent Beschädigter ohne Kinder in der Ortsklasse A eine monatliche Rente von 34,38 Mark erhält. Ein Kriegsblinder erhält im besten Falle als Unverheirateter 83,75 Mark Monatsrente, eine Kriegermutter erhält für den Verlust eines Sohnes 9,38 Mark Rente und, wenn sie nicht mehr als 9 Mark Nebeneinkommen im Monat hat, dazu 7,50 Mark Zusatzrente. Es wird ihr also zugemutet, im günstigsten Falle mit 25,88 Mark ihr Leben zu fristen. Der Antrag des Abg. Marcke wird voraussichtlich in der kommenden Woche im Landtag zur Verhandlung kommen. Die Anrufung des preußischen Landtags und der preußischen Landesregierung soll bezwecken, daß der Reichstag zu einem ähnlichen Vorgehen veranlaßt wird, um dadurch die ablehnende Haltung der Reichsregierung zu beseitigen.

Die Neuwahlen der Gemeindeparlamente.

Vierjährige Wahlperiode festgelegt.

Der Preußische Landtag hat durch Verabschiedung eines Urantrages der Koalitionsparteien die für die Regelung der bevorstehenden Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen in Preußen notwendigen Bestimmungen endgültig angenommen. Nach dem neuen Gesetz, das als eine Novelle zu dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 anzusehen ist, sollen die Gemeindewahlen bis zum 1. Juli 1924 stattfinden. Den genauen Termin wie die Ausführungsbestimmungen erläßt der preußische Minister des Innern. Von der Vornahme der Gemeindewahlen werden in Abänderung des früheren Gesetzes diejenigen Gemeinden ausgenommen, die nach dem 1. Januar 1923 neugewählt haben. Außerdem ist die Bestimmung, daß die Neuwahlen für die Stadtgemeinde Berlin nach dem besonderen Groß-Berliner Gesetz im Herbst 1925 vorgenommen werden sollen, indirekt dadurch erneut bestätigt, daß Berlin auf Antrag des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten von der Wirkung des Gesetzes ausdrücklich ausgenommen ist. Im übrigen enthält das neue Gesetz, da die neue Stadtverordnung immer noch nicht fertiggestellt ist und ihre Verabschiedung immer zweifelhafter wird, zum erstenmal auch für die Gemeinden die grundsätzliche Festlegung der vierjährigen Wahlperiode. Wir werden also in Preußen damit zu rechnen haben, daß für den größten Teil der Gemeinden alle vier Jahre an einem Tage gewählt wird, während ein kleinerer Teil — die Gemeinden, die 1923 Wahlen gehabt haben — vier Jahre nach diesen letzten Neuwahlen wieder wählen müssen. Die sonstigen Bestimmungen enthalten keine wesentlichen Aenderungen der im April 1923 beschlossenen vorläufigen Regelung. Es sind lediglich die Bestimmungen über die Auslegung der Bürgerliste genauer gefaßt. Sie muß stets fünf Wochen vor dem Wahltage zwei Wochen lang öffentlich ausliegen. Auch nach Schluß der Bürgerliste kann Wahlberechtigten, wenn ihrem Einspruch stattgegeben wird, durch Erteilung eines Wahlscheines die Ausübung des Wahlrechtes ermöglicht werden. Die Bestimmungen über die Feststellung des Wahlergebnisses sind durch einen Zusatz präzisiert, der Zweifel über die Verteilung der Restsitzmenen ausschließen soll. Im übrigen bleibt es bei den allgemeinen Wahlbestimmungen, die das unmittelbare und geheime Verhältniswahlrecht in dem Gemeinden vorsehen und die Zahl der Stadtverordneten je nach der Größe der Gemeinden auf 11 bis 100 Stadtverordnete festsetzen. Der Minister des Innern ist ermächtigt, das frühere Gesetz vom April 1923 in der durch die neuen Abänderungen gegebenen Fassung neu bekanntzugeben.

Radio in Halle.

Am Donnerstagabend fand im großen Saale des Stadtschützenhauses, anschließend an die Generalversammlung des Radioklubs Halle, vor einer Zuhörerschaft von zirka 300 Personen, ein Vortrag über das Radiowesen statt. Die Veranstaltung ging vom Radioklub Halle aus, dem es gelang, als Redner den technischen Berater der Radio-Nova-A.-G., Halle, Privatdozenten an der technischen Hochschule zu Charlottenburg, Prof. Krause (Berlin) zu gewinnen. Der Vortragende behandelte die geschichtliche Entwicklung über die Fortpflanzung von elektrischen Wellen im Raume, die Anwendungsmöglichkeiten auf die Uebermittlung von Nachrichten, Vorträgen und musikalischen Darbietungen und zog Vergleiche über den Stand der Empfangseinrichtungen zwischen Deutschland und dem Auslande. Besonders erwähnte er die Einrichtung Nordamerikas, das im Gegensatz zu unserer Heimat den Radioverkehr in keiner Weise einschränkt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es durch regere Beteiligung der breiten Oeffentlichkeit an diesen Fragen auch bei uns möglich sein wird, von den Behörden mit der Zeit mehr Zugeständnisse zu empfangen.

Im Anschluß an den Vortrag wurden die im Saale aufgestellten Empfangsapparate den Anwesenden erläutert, sowie die an den Referenten und den Vorstand des Radioklubs gestellten Fragen beantwortet. Es wurde noch bekannt gegeben, daß allwöchentlich Zusammenkünfte stattfinden, in denen ein Gedankenaustausch über die mit den Empfangsapparaten gemachten praktischen Erfahrungen stattfindet und technische Vorträge gehalten werden, die es auch dem Laien ermöglichen sollen, sich mit der Konstruktion der Apparate bekanntzumachen. Weiter werden sich Gruppen bilden, die die Kenntnisse des Fachmanns erweitern sollen.

Erhöhung der Zeitkartenpreise.

Das Zweiundeinhalbfache der Notstandstarife.

Der Notstandstarif mit der Preisermäßigung von 50 Prozent für Zeitkarten, Arbeiter- und Schüler-Rückfahrkarten wie Kurzarbeiterwochenkarten tritt Ende Januar außer Kraft. Gleichzeitig werden ab 1. Februar die Monatskartenpreise neu berechnet auf der Grundlage des Satzes für 25 einfache Fahrten (Notstandstarif 10 Fahrten, vordem 20 Fahrten), Wochenkarten zum vierten Teil, Schülerkarten zur Hälfte des Monatskartenpreises. Zeitkarten kosten demnach ab 1. Februar durchschnittlich das 2½fache der jetzigen Notstandstarifsätze; z. B. auf 18 Kilometer Monatskarte 3. Klasse 15 Mk. (jetzt 6 Mk.), Wochenkarte 2,50 Mk. (jetzt 1 Mk.). Dies ist für Zeitkarteninhaber wegen Bereithaltung ausreichenden Geldes bei der Auflösung am 1. Februar sehr wichtig.

Einbruch in ein Sprengstofflager.

In der Zeit vom 19. bis zum 21. Januar ist in ein am Lettiner Weg gelegenes Sprengstoffmagazin eingebrochen worden. Die Täter haben vier Pakete, enthaltend je 100 Stück elektrische Zünder ohne Kapseln, 1 Leinenanzug, zeitempelt „Carbonit“, sowie 1 Bergwerksicherheitslampe gestohlen. Sie sind aber nur in einen Metallschuppen eingedungen.“ Die Türen zum eigentlichen Sprengstofflager haben ihren Versuchen, einzudringen, standgehalten. Die Zünder bestehen aus zusammengewickeltem Eisendraht mit Papphülsen an den Enden. Wahrscheinlich sollten verbrecherische Zwecke verfolgt werden. Es wird daher im öffentlichen Interesse darauf aufmerksam gemacht. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 67, zu melden.

Abbau der Tuberkulosebekämpfung?

Dazu äußert sich in einem Aufruf an die Reichs- und Staatsbehörden das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Deutschen Reiches verlangt sofortige, tief eingreifende Maßnahmen zur Einschränkung aller irgend entbehrlichen öffentlichen Betriebe. Auch die Gesundheitswirtschaft kann von einem solchen Abbau nicht an die äußersten Grenzen des Erträglichen ausgedehnten Abbau nicht ausgenommen werden. Die verantwortlichen Sachverständigen sind sich dieser harten Notwendigkeit bewußt und haben ihre Bereitwilligkeit, sie durchführen zu helfen, wiederholt nachdrücklich ausgesprochen. Aber gerade daraus leiten sie das Recht her, vor der Entscheidung gehört zu werden. Denn die Streichung von Ausgaben lediglich nach den Maßstäben einer unter allen Umständen zur Verminderung der Kosten verpflichteten Finanzverwaltung kann scheinbar Ersparnisse des Augenblicks durchsetzen, die aber von einer durch jedem Sachverständigen leicht nachzuweisenden Mehrung der öffentlichen Unkosten nach einer voraussichtlichen kurzen Zeitspanne gefolgt sein müssen.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hat seit mehr als einem Vierteljahrhundert die gesamten Maßnahmen zur Niederhaltung der Tuberkulose bearbeitet. Die Tuberkulose ist als Volkseuche nicht nur die verbreitetste aller einheimischen Volkskrankheiten; durch ihre lange Dauer verschlechtert sie die wirtschaftliche Lage der Erkrankten, ihrer Familien und ihres Nachwuchses ernster als irgendein anderes Leiden und legt der Gesellschaft bei ungehinderter Ausbreitung größere finanzielle Opfer auf, als die ausgedehntesten Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege je ausgleichen können. Die Häufigkeit der Tuberkulose ist geradezu ein Wertmesser für die gesundheitliche Konstitution der gesamten Bevölkerung, denn jede Störung ihrer Konstitution kennzeichnet sich sehr schnell durch Zunahme und ungünstigeren Verlauf der Erkrankung und sehr viel langsamer durch Steigerung der Todesfälle an Tuberkulose.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose vereinigt in seinem Präsidium zu gemeinsamer zielbewußter Arbeit die Vertreter der Behörden des Reiches und der Länder mit solchen der ärztlichen Wissenschaft und Praxis, der Sozialversicherung, der Wohlfahrtsvereinigungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Präsidium hat Grund zur Befürchtung, daß der Gedanke schon feste Form gefunden hat, nicht etwa nur die noch bestehenden Einrichtungen im Kampf gegen die Tuberkulose noch weiter einzuschränken, als dies die Not der letzten Jahre zwangsläufig schon erzwungen hat, sondern sie einfach ganz und vollständig einzustellen, weil ja vor 80 Jahren es auch ohne solche Abwehreinrichtungen gegangen sei. Aber das war eine Zeit, wo von 10 000 Lebenden etwa dreiunddreißig alljährlich der Tuberkulose in den Jahren der besten Arbeitskraft zum Opfer fielen und der Gesellschaft durch Krankheit und Verarmung außerordentlich hohe Geldopfer auferlegten, während es seither gelungen ist, bis 1913 diese Zahl auf 14 zu senken, ohne damit, wie der Vergleich in anderen Ländern lehrt, die Grenze des Möglichen erreicht zu haben. Und dieses Ergebnis wurde mit verhältnismäßig einfachen Mitteln erzielt und nicht auf Kosten des Reiches und der Länder, sondern die Kostenträger waren Gemeinden, Sozialversicherungen und Wohlfahrtsvereine, die in gemeinsamer Arbeit nach den im Zentralkomitee bearbeiteten einheitlichen Gesichtspunkten ihre Arbeit durchführten.

Wer jetzt mit dem Gedanken umgeht, hier in der Tuberkulosebekämpfung noch weiter auszutilgen, dem bleibt nur noch übrig, jeden Gedanken an die Möglichkeit einer Abwehr aus dem Verständnis der Mitwelt auszulöschen und an dessen Stelle Verzicht, Entsagung, Einsichtslosigkeit zu setzen. Gerade das Verantwortungsgefühl sollte man aber keinesfalls ersterben lassen. Das aber tritt mit Bestimmtheit ein, wenn durch eine Ueberspannung der Abbaumaßnahmen der Reichs- und Staatsbehörden die letzte Erinnerung an die Voraussetzung einer Abwehr gegen die Tuberkulose ausgelöscht wird.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß der Abbau der Gesundheitswirtschaft nach denselben Grundsätzen erfolgen kann wie der der Wirtschaft im ursprünglichen Sinne. Die letzten Jahre erwiesen die Fähigkeit von Industrie und Handel zur schnellen Umstellung. Die Gesundheitswirtschaft verfügt nicht über eine solche Beweglichkeit; Eingriffe in ihren Betrieb rächen sich oft erst nach Jahrzehnten und in älteren Lebensabschnitten. Kommende bessere Tage können dann Unwiederbringliches nicht wieder gutmachen. Denn die einmal geschädigte Gesundheit bietet keineswegs in jedem Augenblick die Möglichkeit verhältnismäßig schneller Erholung. Das gilt besonders gesprochen für die Tuberkulose. Die einmal infizierte und in ihrer Konstitution geschädigte Jugend erkrankt nur zu einem Bruchteil der Angesteckten an fortschreitender Tuberkulose mit geringer Sterblichkeit und kann verhältnismäßig leicht und wohlfeil der Genesung zugeführt werden; geschieht aber das nicht, so treten die Todesopfer erst in den Lebensaltern der Erwerbsfähigkeit und der Familiengründung in die Erscheinung.

Die letzten zwei Jahre Sterblichkeitsbewegung in Deutschland weisen dem Sachkenner schon deutliche Warnungszeichen kommender Entwicklung. Die Gesamtsterblichkeit war in den letzten zwei Jahren eine unerwartet günstige, teils weil die Sterblichkeit an akuten Seuchen ungewöhnlich tief unter dem Durchschnitt lag, letzten Endes rein rechnerisch, weil die Zahl der lebenden Säuglinge mit ihrer hohen Uebersterblichkeit immer stärker absank. Im Gegensatz dazu zeigt die Sterblichkeit an Lungentuberkulose eine stetige, langsame, ununterbrochene Zunahme, und das besonders im Lebensalter des Eintritts in die Erwerbsfähigkeit, jenem Lebensalter, das in der Schulzeit der Hungerblockade besonders stark ausgesetzt war. Im ersten Halbjahr 1923 war in Deutschlands Großstädten die Zahl von 20 Todesfällen auf 10 000 Lebende (gegenüber 14 im Jahre 1913) schon überschritten.

Wer, selbst mit dem Entschuldigungsgrund ungenügender Sachkenntnis in der Verfolgung eines an sich notwendigen Zieles, dabei mitwirkt, daß die letzten noch bestehenden Pfeiler der einstigen Tuberkulosebekämpfung Deutschlands dem Boden gleichgemacht werden, der belastet sich mit der Verantwortung für die vermeidbare Opferung späterer erwerbsfähiger Geschlechter, von der ihn auch die Tatsache nicht frei machen kann, daß er selbst diese Opferung nicht mehr schauen wird, da sie sich noch fortsetzen muß, wenn die gutgläubigen Urheber des volksfeindlichen Beginnens schon lange die Erde deckt.

Es ergibt sich daraus die Verpflichtung für die Reichs- und Staatsbehörden, die erforderlichen Sicherheiten zu treffen, damit die unbedingt notwendigen Einrichtungen zur Verhütung der Tuberkulose und zur Heilung der Erkrankten in ihren noch vorhandenen Reststellungen vor dem Zusammenbruch bewahrt und nicht durch einen sinnwidrigen Abbau erst recht in diesen hineingerissen werden.

*

In Halle führt den Tuberkulosekampf der Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose, der die Fürsorgestelle für Lungenkranke, Salzgrafenstraße 1, unterhält. Dieser Aufruf richtet sich wie an die Reichs- und Staatsbehörden, aber auch an alle anderen Behörden, die Sozialversicherungen und die Einwohnerschaft. Wer noch nicht Mitglied des Vereins ist, trete ihm umgehend bei. Der Mindestjahresbeitrag beträgt 3 Goldmark. Anmeldungen mit Postkarte erbeten an den genannten Ortsverein, Halle, Kleine Steinstr. 8. Der Mindestmitgliedsbeitrag wird durch Boten abgeholt.

Unterbezirks-Konferenz für Halle-Saalkreis.

Am Sonntag, dem 27. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark“ zu Halle unsere Unterbezirkskonferenz statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die politische Lage. Referenten: Reichstagsabgeordneter Karl Hildenbrand (württembergischer Gesandter) und Reichstagsabgeordneter Fritz Lunert.
2. Der Zeitungskonflikt.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Reichsparteitag.
4. Verschiedenes.

Die Delegierten der einzelnen Ortsvereine werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Petersdorff.

USPD.-Beamtengruppe.

Am Mittwoch, dem 30. Januar, abends 7½ Uhr, spricht im „Volksparl“ (Kartellzimmer) Reichstagsabgeordneter Breunig (Berlin) über das Thema:

Beamtenabbau und Sozialdemokratie.

Alle Mitglieder unserer Partei, soweit sie Beamte sind, müssen in dieser Versammlung erscheinen. Der Vorstand.

* **Rentenzahlung durch die Post.** Die Rentenzahlstelle des Postamts 1 in Halle (Gr. Steinstraße 72) wird vom 25. Januar an zum Postamt 2 (Thielenstraße 2a) verlegt; von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Renten beim Postamt 2 gezahlt.

Der Bezugspreis

unserer Zeitung beträgt für die nächsten 14 Tage 1,20 Mk., also

60 Pfennig wöchentlich

Außer diesem Preisnachlaß wollen wir noch weitere Vorteile gewähren. Um besonders unseren Leserinnen noch mehr guten Unterhaltungsstoff zu bieten, legen wir ab 1. Februar der Gesamtauflage allwöchentlich die illustrierte Unterhaltungsbeilage

„Volk und Zeit“

bei.

Unabhängig von dieser Bereicherung der Zeitung wird der Bezugspreis sobald wie möglich weiter herabgesetzt, womit wir dann auch der vielfach gewünschten monatlichen Kassierung wieder näher kommen. Das ist am ehesten möglich mit tatkräftiger Unterstützung aller unserer Leser bei der dafür notwendigen Steigerung der Gesamtauflage durch Gewinnung neuer Bezieher. Möge deshalb jeder Leser beim bevorstehenden Monatswechsel seiner Zeitung wenigstens einen neuen Bezieher gewinnen, damit die stetige Verbilligung und zunehmende Ausstattung der Zeitung weiter durchgeführt werden kann.

* **Brand.** Am 25. Januar gegen 9 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Kl. Ulrichstraße 24b gerufen. Dort war infolge Ueberheizens eines Ofens in einem Geschäftsraum ein Brand ausgebrochen. Die Feuerwehr brauchte aber nicht in Tätigkeit zu treten, da bei ihrem Eintreffen der Brand bereits gelöscht war.

* **Ueberfahren.** Am 25. Januar nachmittags lief auf der Klausbrücke ein dreijähriger Knabe in ein Pferdegeschirr. Er wurde hierbei von einem Pferde getreten und erlitt mehrere leichte Verletzungen. Er wurde zu einem Arzt und von da in die Wohnung seiner Eltern gebracht. Dem Geschirrführer ist an dem Unfall keinerlei Schuld beizumessen.

Film und kleine Bühne.

* **U. T., Leipziger Straße.** Wie immer, wenn Dammann auf der weißen Fläche „tobt“, erfüllte auch jetzt wieder bei einem „Duell“ und seiner halsbrecherischen Ursache fröhliches Lachen den Raum. — Der Paramountfilm „Sonnabend nachts“ ist ein hervorragend gelungenes Werk, welches sich um die Folgen gesellschaftlicher Unduldsamkeit bei Verbindungen von Angehörigen zweier sehr verschiedener Klassen dreht. Teilweise belustigend, denn man gat der typischen Unbeholfenheit den Vorzug gegeben, wiederum herbste Tragik in einem.

* **U. T., Alte Promenade.** Nach einer naturwissenschaftlichen Bilderreihe, den „Ausbeuter Kuckuck“ demonstrierend, folgt, nachdem auch eine sehr heitere Chaplinjade vorüberzogen, der Spielfilm Grunewalder Reale: „Die Straße“. Würde sich diese Schilderung eines sonst braven Großstädters auf einem Nachtbummel in allen Gleisen bewegen, wäre es wohl schade um Arbeit und Stoff gewesen. Aber hier führt die Erlebnissehnsucht den Alltagsmarschen mit — neben anderen natürlich — einer Familie zusammen, die von einem blinden alten Mann, einem unbeleckten Kind und dessen Eltern gebildet wird, die „beruflich“ Zuhälter und Dirne und in der Folge auch Mörder und Denunziantin sind. Das Schicksal geht den richtigen Pfad. Staunen nötigt besonders das Bildermaterial ab. F—e.

* **Das Volkspark-Varieté** bietet ab heute ein Programm, welches an Qualität und Quantität kaum übertroffen werden kann. Ueber Huhn, den Komiker, als Jodlerin muß man Tränen lachen. Stylbero verblüfft den Zuschauer durch schnellste Lösung der ihm gestellten Aufgaben. Als Abschluß des Abends wird, vielfachen Wünschen entsprechend, das erfolgreiche Sittenstück „Mädchenhändler“ aufgeführt. Das Programm ist nur 5 Tage zu sehen. Daher: Auf zum Volkspark-Varieté!

* **„Volkspark“.** Heute, Sonnabend, veranstaltet der Sportklub „Atlas“ im großen Saal einen Maskenball. Im kleinen Saal das gute Varieté-Programm. In den unteren Räumen ist ein Bockbier-Kummel mit musikalischer Unterhaltung festgelegt. Morgen, Sonntag, hält der Musikverein „Veritas“ im großen Saal einen Ball ab. In den unteren Räumen finden musikalische Unterhaltungen statt.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Folgende Spiele finden morgen, Sonntag, statt: 2 Uhr Teutonia I — Kröllwitz I; 1½3 Uhr Lettin I — Askania I; 1 Uhr Lettin II — Askania II; 1½12 Uhr Lettin III — Askania III; 3 Uhr Viktoria I — Fortuna I; ½2 Uhr Viktoria II — Fortuna II; 3 Uhr Minerva I — Fichte I; ½2 Uhr Minerva II — Fichte II; 12 Uhr Minerva III — Fichte III.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Bezirksverband Halle
Fernsprecher 1029 Harz 49/44 Postscheckk.: Leipzig 81313

An die Ortsvereine.

Abrechnungen unverzüglich einsenden.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Verteilung der Parteitagsdelegierten an die Bezirke nach der Zahl der mit dem Parteivorstand abgerechneten Beitragsmarken erfolgt. Bisher war es uns leider nicht möglich, mit dem Parteivorstand abzurechnen, da eine Anzahl Ortsvereine ihre Abrechnungen mit dem Unterbezirk noch nicht erledigt haben.

Die Abrechnung mit dem Parteivorstand muß aber in der allernächsten Zeit erfolgen, andernfalls erhält unser Bezirk keine Parteitagsdelegierten. Wir ersuchen deshalb die säumigen Ortsvereine dringend, ihre Abrechnungen einzusenden, damit die Unterbezirke und der Bezirk ihren Kassenabschluß rechtzeitig vornehmen können.

Die Bezirksleitung Halle.

Das Explosionsunglück in Leuna.

Geheimnisvolles Schweigen der Werksleitung und ihrer Presse.

Das Leunawerk, jene große Fabrikstadt in der unmittelbaren Nachbarschaft Merseburgs, die mit ihrem Wald von Schornsteinen in dunkle Wolken von Qualm und giftigen Dämpfen stößt, ist wieder einmal der Schauplatz eines größeren Unglücks geworden. Sechs Tote und zahlreiche Schwerverletzte liegen niedergestreckt von der Gewalt chemischer Kräfte, die vom Zwange menschlicher Technik befreit, ihre Gewalten ausübten. Im Bau 106 des Ammoniakwerkes, das an der großen Straße, die mitten durch die Fabrikstadt hindurchführt, liegt, flog ein Kompressor in die Luft. Wie Kartenhäuser knicken die Wände der umliegenden Gebäude zusammen. Ein Trümmerfeld, ein Gewirr von Eisenteilen und zu Tode verwundete Menschen war der Rest. Die Werksleitung ist bemüht, die Katastrophe als einen Betriebsunfall hinzustellen, wie in größeren Betrieben öfters passiert. Sie hüllt sich in Schweigen und läßt keinen Zeitungsmann, ganz gleich aus welchem Lager er kommt, zur Stätte des Unglücks. Die vom Großkapital ausgehaltene oder abhängige Bittgerpresse Halles hat natürlich auch nicht das nötige Interesse für diese Vorgänge und begnügt sich mit der Wiedergabe kurzer Meldungen, die den Stempel des Verkuschenwollens an der Stirn tragen. Auch unserem an den Schauplatz des Unglücks entsandten Redaktionsmitglied war es gestern nicht möglich, sich an Ort und Stelle von dem Umfang des Zerstörungswerkes zu überzeugen, das chemische Gewalten anrichteten. Wir müssen uns deshalb auch heute nur auf die Mitteilungen von Augenzeugen verlassen, deren Zuverlässigkeit uns jedoch verbürgt erscheint.

Dem gestern über die Ursachen bereits veröffentlichten Bericht fügen wir noch folgendes hinzu. Bereits am Morgen des Unglückstages wurde festgestellt, daß irgend etwas nicht in Ordnung sei. Es wurden sofort alle Sachverständigen des Werkes herangezogen, um die Ursachen festzustellen. Der Arbeiterschaft wurde mitgeteilt, daß vermutlich die Meßinstrumente nicht richtig funktionierten. Kurz nach 9 Uhr, als einer der leitenden Chemiker eben das Gebäude verlassen hatte und der Meister Rietz aus Neu-Rössen, der ebenfalls bei der Katastrophe zu Tode kam, im letzten Moment noch das Hauptventil sperrte, trat das Unglück ein. Die Gewalt der Explosion war furchtbar. Verschiedene Wände benachbarter Gebäude wurden eingedrückt, und die starken Eisenkonstruktionen wie Streichhölzer zerknickt. Die durch die Explosion fortgeschleuderten schweren Eisenteile besaßen eine derartige Schlagkraft, daß unter anderm einem in der Schlosserei tätigen Schmiede glatt beide Beine vom Rumpfe abgerissen wurden. Die Verletzten wurden in das Merseburger Krankenhaus geschafft. Die Verletzungen waren derart schwerer Natur, daß verschiedene der eingelieferten Arbeiter bis zum späten Abend das Bewußtsein nicht wieder erlangt hatten und drei den Verletzungen erlagen. Die beiden im Krankenhause verstorbenen Arbeiter Otto Meißner und Alfred Zwarg stammen aus Halle, der dritte der gestern Gestorbenen (Meier) stammt aus Kiel. Ein Teil der übrigen Schwerverletzten schwebt noch in Lebensgefahr.

Der Betriebsrat des Werkes ist nach Kräften bemüht, völlige Aufklärung über die Ursachen der Katastrophe zu schaffen. Alle an den Unglücksbau angeschlossenen Abteilungen sind stillgelegt, um die behördliche Untersuchung, die heute durch den zuständigen Staatsanwalt erfolgt, nicht zu erschweren. Hoffentlich werden zu dieser Untersuchung unparteiische Sachverständige hinzugezogen, denn sonst bleibt das Massenunglück ebenso unaufgeklärt wie die Katastrophe von Oppau. Wir schließen uns der Forderung eines Leipziger Blattes an, daß die amtlichen Stellen einen umgefärbten, umfassenden Bericht über dieses Unglück herausgeben, die Ursachen der Explosion eingehend darlegen und mitteilen, welche Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, um derartige Katastrophen, die, wenn sie einen größeren Umfang annehmen, verschiedene Orte in Mitleidenschaft ziehen verhindern.

Zuchthaus- und Streikurteile gegen Arbeiter.

Vor der Naumburger Justiz standen in den letzten Tagen wieder drei Bergarbeiter aus Wählitz, weil sie anläßlich des letzten Bergarbeiterstreiks mit der Ausnahmeverordnung der Reichsregierung in Konflikt geraten waren. Am 25. Oktober hatten die Angeklagten Höber, Müller und Förster in der Nähe der Köpfener Fabrik zwei Streikbrecher betroffen. Höber fragte die beiden, wohin sie wollten und wie sie sich zum Streik stellten, worauf einer dieser merkwürdigen Kameraden erwiderte: „Ich brauche euch nicht, ich habe meine Arbeit!" Darauf soll Höber ihn Lump geschimpft und gedroht haben: „Morgen gehst du nicht zur Fabrik!" Durch diese Worte sollen die Angeklagten versucht haben, die Fabrik stillzulegen. Trotz einer glänzenden Rechtfertigung durch den Verteidiger wurden die Angeklagten, die von dem Recht des Streikpostenstehens Gebrauch gemacht hatten, verurteilt, und zwar Höber zu 8, Förster und Müller zu je 6 Wochen Gefängnis. Ein anderer Streikfinder soll sich dadurch schuldig gemacht haben, daß er in einer Streikversammlung als Diskussionsredner in den Streik gesprochen hat. Der Angeklagte bezeichnete als sein gutes Recht, in einer Versammlung seine Meinung sagen zu dürfen. Das Gericht sah auch die Unhaltbarkeit der Anklage ein und sprach ihn frei.

Nachklänge zum Bergarbeiterstreik im Bockwitzer Revier.

Die streikenden Bergarbeiter der Koynegrube zogen am 26. Oktober gemeinsam von Grünewalde zum Geld holen. Dem Unternehmer und der Schutzpolizei wurde dies nicht angemeldet. Aus diesem Grunde wurde der ruhig ihres Weges ziehenden Arbeiterkolonne Kommando entgegengesandt, und alles was sich auf der Straße ansammelte festgehalten. Man verlangte den „Führer" dieses „Zuges", obwohl es doch gar kein Zug war. Das Betriebsratsmitglied Voigt trat vor und wollte erklären, daß die Leute nur ihr Geld holen wollen. Dies war aber ein Verbrechen. Nun wurde alles geschlossen unter Bewachung zur Grube „Koyne" geführt und jeder Einzelne notiert. Nachdem er sein Geld in Empfang genommen hatte, konnte er gehen. Vier Mann behielt man fest und infizierte einen Prozeß gegen sie. Der Kollege Voigt mußte, weil er nicht unterschreiben wollte, was nicht wahr war, sechs Wochen in Untersuchungshaft sitzen. Dann kam die Verhandlung vor der Strafkammer in Torgau. Die Entlastungszeugen wurden nicht vereidet, der Staatsanwalt sprach nur von den „Herren Bergarbeitern", denen es nicht paßte, daß die Beamten Streikarbeit machten. Das größte Vergehen war seiner Auffassung nach, daß Voigt die Beamten zur Solidarität aufgefordert habe. Alle Beweisanträge der Verteidigung auf Vernehmung der Beamten lehnte er ab und sah als erwiesen an, daß die Arbeiter „die Grube gewaltsam stillegen wollten." Zwar wäre die Masse ruhig gewesen, aber die auf der Anklagebank sitzenden Heger, müßten eine harte Strafe erhalten. Er beantragte 5, 4 und 3 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr Kluge, legte die Not der Arbeiter dar, die er aus seiner jahrelangen Praxis als Schlichtungsausschuß-Vorsitzender kennengelernt habe und betonte, daß nicht jeder Zug ein Umzug sei. Alle seine Beweisanträge werden jedoch abgelehnt. Wegen Vergehens gegen § 4 der Verordnung über die Stillegung lebenswichtiger Betriebe wurden verurteilt: H. 4 Monate, R. 3 Monate, H. 6 Wochen Gefängnis, G. 100 Goldmark, G. 50 Goldmark Geldstrafe. In der Begründung betonte der Strafkammervorsitzende, daß die Angeklagten nur zum Geldholen nach der Grube gingen, glaube ihnen kein Mensch. Jeder wisse, daß durch derartige Umzüge die Stärke der Streikenden gezeigt würde. Hier sollte es den Beamten gezeigt werden. Die Beamten wüßten selbst, welche Konsequenzen sie zu tragen haben und brauchen nicht die Arbeiter dazu. Milderungsgründe gebe es nicht. Kein Streik verbessert die Lage, deshalb strenge Strafe. (Hat man diese Sprache schon einmal bei einem Ärztestreik oder dem verbrecherischen Lieferstreik der Landwirte gehört? Red. V.)

Am 29. Januar wird man über die Gewerkschaftsführer urteilen und sie, wenn es irgend geht, ins Gefängnis schicken, auf Grund der Aussagen des Herrn Amtsvorstehers Dr. Nichelmann und einiger Kucharbeiter. Die Arbeiterschaft hat so immer wieder Gelegenheit, Anschauungsunterricht zu genießen über die Klassenjustiz der Bourgeoisie und die Auswirkungen des Ausnahmezustandes, der angeblich gegen Bayern gerichtet werden sollte, mit ganzer Schwere aber nur auf der Arbeiterschaft lastet. Sie lernt so aber auch immer mehr erkennen, daß nur durch festen Zusammenschluß in Partei und Gewerkschaft der Abwehrkampf wirksam geführt werden kann.

Schreckensurteil eines Sondergerichts.

Am 14. August bewegte sich in Halbe (Saale) ein Demonstrationszug zum Rathaus. Als der Schmiedemeister Thomas eine Ansprache an die Menge halten wollte, wurde er verhaftet und die Menge aufgefordert, den Platz zu räumen. Nachdem die Polizei das Seitengewehr aufgepflanzt hatte, geschah das auch. Weil die Menge dabei gegen die Polizei eine drohende Haltung eingenommen haben soll, hatten sich sechs Teilnehmer vor dem Sondergericht Magdeburg wegen Aufruhrs zu verantworten, da durch die „Justizreform" Emmingers das zuständige Schwurgericht ausgeschaltet wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß am 13. August eine Versammlung, die Thomas leitete, beschlossen hatte, am andern Tage vor das Rathaus zu ziehen und eine Kommission mit dem Bürgermeister über Teuerungsmaßnahmen verhandeln zu lassen. Da eine Störung der Demonstration durch die Polizei befürchtet wurde, kam der Antrag aus der Versammlung heraus, sich mit Waffen zu versehen. Thomas hat diesen Antrag zunächst bekämpft, ihn aber dann zur Abstimmung gebracht. Der Antrag wurde angenommen. Der Anklagevertreter kam zu dem Schlusse, daß von einem Aufruhr nicht gesprochen werden könne, sondern nur die Teilnahme an einem bewaffneten Haufen. Er beantragte für den Hauptangeklagten Thomas 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und verurteilte Thomas wegen schweren Aufruhrs und Rädelsführerschaft zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten bekamen mildernde Umstände zugebilligt und kamen mit Gefängnisstrafen von 6 bis 12 Monaten davon.

Die „Magdeburger Volksstimme", der wir diese Angaben entnehmen, bemerkt zu dem Urteil: „Wieder wandern Opfer einer wilden Revolutionsromantik in die Strafanstalten, gleichzeitig Opfer der Emmingerschen „Justizreformen". Denn ein Schwurgericht hätte sich zum mindesten dem Standpunkt des Staatsanwalts genähert, der keinen Aufruhr als vorliegend ansah. Laienrichter hätten die abgrundtiefe Kluft überbrückt, die zwischen dem Freispruchantrag des Verteidigers, selbst noch zwischen dem Strafantrag des Staatsanwalts und dem Urteil liegt. Aber das Laienelement ist aus der Rechtsprechung ausgeschaltet."

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Auf Beschluß des Unterbezirksvorstandes berufen wir zum Sonntag, den 3. Februar, vormittags 9 Uhr, nach dem Restaurant „Zivoli" zu Merseburg eine

außerordentliche Unterbezirkskonferenz

für den Unterbezirk Merseburg-Querfurt ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die Beschlüsse des Bezirksvorstandes und unsere Stellung. Referenten: Genosse Schulz (Halle) und Genosse Peters (Halle).
2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.
3. Anträge.

Wir ersuchen die Ortsvereine, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und uns Anträge bis zum 1. Februar zu übermitteln.

Wir erwarten, daß bei der Wichtigkeit der Tagesordnung sämtliche Ortsvereine unbedingt auf der Konferenz erscheinen.

Mit Parteigruß! Fritz Wenscheck.

Die Parteigenossen werden gebeten, Quartiere für die Delegierten bis zum Freitag, dem 1. Februar, beim Genossen Wenscheck anzumelden.

Der Zugverkehr Merseburg—Lauchstedt—Schafstedt

erfährt vorläufig keine Besserung. Auf Anfrage des Magistrats von Lauchstedt teilt der Reichsverkehrsminister mit, daß der Sonntagsverkehr Merseburg—Lauchstedt—Schafstedt deshalb eingestellt ist, weil die Selbstkosten für den Sonntagsdienst nicht aufzubringen waren. Den Ausgaben von etwa 200 Goldmark stand nur eine Einnahme von etwa 40 Goldmark gegenüber. Die Postfendungen erhält Lauchstedt Sonnabends mit dem letzten Zuge, so daß diese am Sonntag früh ausgetragen werden können. Das Reichsverkehrsministerium wird vor Beginn des Sommerfahrplans erneut prüfen, ob und in welchem Umfang der Sonntagsverkehr, der im Sommer außerordentlich stark ist, wiedereingeführt werden kann.

*

Merseburg. Die Verwaltung der städtischen Werke richtet folgende Bitte an die Bevölkerung: Es sind wiederholt unbefugte Eingriffe in die Schaltkästen der sich automatisch ein- und ausschaltenden elektrischen Straßenbeleuchtung vorgenommen und hierbei Sicherungen und andere Teile entfernt, die Uhren verstellt u. a. m., so daß die Lampen anstatt in der Nacht am Tage oder überhaupt nicht brannten. Es ist im öffentlichen Interesse, wenn Entdeckungen solcher Unregelmäßigkeiten sofort dem Elektrizitätswerk (Fel. 68) gemeldet werden; es kann dann nicht vorkommen, daß die Meldung des Einsenders (gemeint ist damit ein Eingesandt im hiesigen „Korrespondent") durch die Zeitung über Unregelmäßigkeit an der Lampe in der Meuschauer Straße erst 36 Stunden nach seiner Feststellung indirekt beim Elektrizitätswerk bekannt wird, wo sie durch Kontrolle bereits seit 24 Stunden behoben war. Wir sind für jede Meldung dankbar. Nachdem die Nachtbeleuchtung zurzeit im Nachlassen begriffen ist, wird die bis jetzt abgeschaltet gewesene Abendbeleuchtung in den nächsten Tagen wiederaufgenommen.

Neumark-Benndorf. Jugendweihe! Alle Eltern von Neumark-Benndorf und den umliegenden Ortschaften, welche gewillt sind, ihre in diesem Jahre aus der Schule zur Entlassung kommenden Kinder an der proletarischen Jugendweihe teilnehmen zu lassen, wollen sich umgehend beim Genossen R. Keil, Konsumverein Benndorf und beim Genossen K. Zeidler, Petzkendorf, Nordring 14 (Siedlung), melden.

Roßla. Falsche Hoffnungen. Im Sangerhäuser Tageblatt und ähnlichen bürgerlichen Organen wurde kürzlich mit offensichtlicher Freude die Mitteilung verbreitet, daß die hiesige Sozialdemokratische Partei einen schweren Schlag erlitten habe, indem der Monteur G. zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Man ist sich schon von vornherein sicher, daß dieses Verkommnis unbedingt dazu beitragen müsse, die linksbürgerliche Arbeiterminderheit zu beseitigen. Arbeiter Roßlas, macht bei den kommenden Gemeindewahlen diesen Wunsch einer reaktionären Gesellschaft zunichte. Schließt Euch fester denn je zusammen und verfolgt nur das eine Ziel, das kapitalistische System durch eine ununterbrochene Kleinarbeit zu überwinden. Denn fällt mal dieses System in sich zusammen, dann hat die Herrlichkeit dieser Söldlinge, welche im Dienste des Kapitalismus so eifrig die Feder führen, ein wohlverdientes Ende.

Radies. Wenn der Lehrer Demokratist! Hier ist durch Ableben des deutschnationalen Inhabers die erste Lehrerstelle vakant. Der zweite Lehrer, Herr Holzhaus, hatte sich, da er bereits 14 Jahre am Orte, um die freie Kantor- und Küsterstelle bemorben. Die Gemeinde hatte ihn auch einstimmig gewählt. Da kommt der alte Zopf: Der erst kaum 22jährige Herr Kirchenpatron hat über die Anstellung des ersten Lehrers zu verfügen. Er lehnt natürlich den demokratisch gesinnten zweiten Lehrer ab, gewiß vor allem deshalb, weil er sich früher einmal für einen demokratischen Amtsvorsteher eingesetzt hatte, damit das Amt vom Rittergute verschwand. Man arbeitet aber schon mit Fleiß daran, damit es doch wieder hinkommt, oder aber doch wenigstens von da beeinflußt wird. Man ist gespannt auf die Besetzung der Stelle. Wann endlich wird die Gemeinde die Auflösung des Gutsbezirks beantragen, damit diese feudalen Standesvorrechte endlich einmal fallen und diese Leute richtig zur Steuer herangezogen werden?

Torgau. Kriegsopferversammlung. Eine Versammlung, wie sie Torgau lange nicht gesehen hat, fand sich am 20. Januar auf Einladung des Reichsverbands Torgau, im „Schützenhause" ein. Genosse Röder (Magdeburg) legte in zweistündigem Referat all das auseinander, was jetzt den „Helden" von damals zugemutet wird. Obwohl Angehörige aller Parteien in großer Zahl vertreten waren, war der Eindruck seiner Worte ein außerordentlich ernster. Atemlose Stille, als Röder die selbsterlebten Schrecken des Krieges schilderte, stürmische Entrüstungswogen bei Erörterung des „Dankes" von heute, zumal wenn die furchtbaren Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes gestreift wurden. Die Zwischenrufe der auf der Straße liegenden Schwerbeschädigten besagten mehr als genug. In der Aussprache redeten zunächst die Kommunisten unter Führung ihres Krösus Klaschinski die letzten Sympathien für ihre verbotene Partei zum Fenster. Tief bedauerlich war es, daß sich ein junger Genosse darüber verstand, dem politischen Clown Klaschinski helfend beizuspringen, als ein Teil der Versammlung sich gegen die schmutzigen Ergüsse dieses Menschen wehrte. Der Genosse hat unserer Partei einen Bärendienst erwiesen. Reges Interesse brachte man den Ausführungen des deutschsozialistischen Lehrers Rudolf und der allen unseren Genossen Kriger (Merseburg) entgegen. Wenn auch die wenigsten glauben wollten, daß das Ermächtigungsgesetz das kleinere Uebel sei, so wirkte es doch wohltuend auf die Kriegsopfer, die aus allen Ecken des Kreises herangekommen waren, daß er es sich zur Pflicht machte, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um mit der Reichstagsfraktion das traurige Los der Kriegsopfer zu mildern. Die Versammlung, welche vormittags 10 Uhr begann, fand erst nachmittags ¼4 Uhr ihr Ende. Möge das Resultat desselben ein gutes sein. Die Schutzpolizei hatte Alarmbereitschaft während dieser Zeit. Warum?

Liebenwerda. Mietervversammlung. Der Mieterverein Liebenwerda beschäftigte sich in seiner ersten diesjährigen Zusammenkunft vorwiegend mit dem Volksbegehr und der Goldmiete. Die Regierung und die Parteien des Ermächtigungsgesetzes werden wegen der Auswirkung desselben überall nur Gegner erziehen. Die Regierung trägt wohl überall erheblich dazu bei, daß Löhne und Gehälter bis weit unter das Vorkriegseinkommen reduziert werden, bringt es aber nicht fertig, daß die Lebenshaltungskosten ebenfalls auf ein erträgliches Maß heruntergedrückt werden. Nicht selten werden deshalb die Fälle sein, wo der größte Teil des Einkommens nur für Wohnungsmiete aufgebraucht werden. Alle Mieter müssen sich deshalb in viel größerem Maße ihren Interessen zuwenden und vor allen Dingen ihren Feinden, die in den rechtsbürgerlichen Parteien stehen, bei den kommenden Wahlen den Rücken zuwenden. Auch bei den bevorstehenden Gemeindewahlen muß besonders in Liebenwerda die Wohnungsfrage eine Bedeutung erhalten. Nur um Frieden zwischen Mieter und Vermieter zu haben, ist der Mieterverein bei der Festsetzung der Mieten sehr weit entgegen gekommen, und trotzdem mehren sich die Fälle, wo Schindluder mit den Mietern getrieben wird. Weil der furchtbare Wohnungsmangel von den Vermietern gewissenlos ausgenutzt wird, muß es eine der ersten Aufgaben sein: Wohnungen bauen.

Grünewalde. Ein Erfolg der sozialistischen Gemeindeverwaltung war die am Sonntag, dem 20. Januar, stattgehabte öffentliche Gemeindemitglieder-Versammlung, zu welcher die mit Grundbesitz angesessenen Gemeindemitglieder besonders eingeladen waren. Der Gemeindevorsteher, Genosse Dietrich, erwies einleitend darauf, daß nach § 49 der Landgemeindeordnung für die Beratung und Beschlußfassung über Gemeindeangelegenheiten die Gemeindevertretung zuständig ist, und es darum wohl besonderer Ursachen bedarf, wenn die Gemeindemitglieder zusammenberufen werden. Diese Ursachen erscheinen als vorliegend, da nach Regelung der sehr viel diskutierten Lichtversorgungsfrage, auf Grund des Umstandes, daß einer Gemeindeversammlung vor Inangriffnahme des Projektes die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben worden ist, das Endergebnis gleichfalls einer allgemeinen Prüfung unterstellt werden soll. Da nun die mit dieser Frage verbundenen Nebenprojekte, insbesondere Separationsinteressentenausgleichsache, Eingemeindungsprobleme und Jagdverpachtung zur Opposition gegen die jetzige Verwaltung der Gemeinde Anlaß gegeben haben, war eine zusammengefaßte Behandlung der Vorlagen erforderlich und waren die Ausführungen des Gemeindevorstehers danach eingestellt. Er glaubte, auch zum besseren Verständnis seiner Ausführungen, darauf verweisen zu müssen, daß er nach seiner Weltanschauung zur Sozialdemokratie zählt und man darum von ihm etwa eine auf konservativen Motiven aufgebaute Politik nicht erwarten kann. Er verwies auf die gewaltig in Erscheinung tretende Konzentration des Industriekapitals, welches bestrebt ist, alles, auch die Körperschaften des Staates, ganzen, Reich, Länder und Gemeinden in seinen Bann zu schlagen. Die Entwicklung nimmt riesige Dimensionen an, und die verantwortliche Stelle einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft hat die Aufgabe, die Zeichen der Zeit wahrzunehmen und rechtzeitig im Interesse der Gesamtheit zu arbeiten. Die beschauliche Ruhe ist auch in der Gemeindeverwaltung vorüber. Es gehört Geschick und Arbeitslust dazu, das Schifflein einer Gemeinde durch die Wellen zu führen. Er ging dann eingehend auf die einzelnen Motive und Artikel bei der Behandlung der Elektrizitätsversorgungsfrage, schilderte die verschiedenen gearteten Verhandlungen und Bemühungen um Kapitalbeschaffung, die erwogenen Probleme der Versorgung in eigener Regie, auf dem Genossenschaftswege, unter Hinzuziehung der anliegenden Industrien, Bubiag und Lauchhammer und unter Hinzuziehung der Landelektrizität, Ueberlandwerk Liebenwerda. Er führte klar vor Augen die Bedenken der Gemeindevertretung über die Belastung der Gemeinde hinsichtlich des im Jahre 1920 behandelten ersten Projektes, welches leider scheiterte. Das im Jahre 1921 vom Vortragenden unterbreitete ähnliche Projekt wurde alsdann einstimmig beschlossen. Nach Abschluß der Verträge im Herbst 1922 erstand die Notwendigkeit der Kapitalsbeschaffung, der Erlangung einer günstigen Stromquelle. Die Verhandlungen waren äußerst schwierig, das Projekt drohte zu scheitern. Mit aller Energie wurde gearbeitet, Konzessionen waren unvermeidlich. Die Gemeindevertretung erkannte die schwierige Lage und brachte dies dadurch zum Ausdruck, daß alle in dieser Sache gefaßten Beschlüsse einmütig gefaßt wurden. Es galt, eine allgemein interessierende Gemeindeangelegenheit zu gutem Ende zu führen und die Gemeinde kann heute hören, daß der Wurf gelungen ist. Wenn die ganze Gemeinde sich vom Grundsatz der Wahrung des Gesamtinteresses leiten läßt, würde eine Opposition, wie die zuletzt geführte, nicht möglich sein. Dem unvoreingenommenen Sinn muß klar sein, daß von Verdunkelung und Unredlichkeit nicht die Rede sein kann. Die Arbeiterschaft will den Kampf in der Gemeinde nicht, sondern die Mitarbeit am Gemeinwohl. Doch werden wir auch jederzeit bereit sein, die Schwerter zu kreuzen. Mit dem Wunsche, daß das Gemeinwohl allen immer vornehmstes Gesetz sein möge, schloß der Genosse Dietrich seine fast zweistündigen Ausführungen. Die interessiert zuhörende Versammlung nahm alsdann gegen 8 Stimmen und einer Reihe Stimmenthaltungen, welche die bisherige Opposition stellte, eine Entschließung an, welche die Maßnahmen des Gemeindevorstehers billigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung.

„Sanierung der Finanzen" auf Kosten der Aermsten.

Eins der traurigsten Kapitel in der ganzen sozialen Gesetzgebung war bisher der Kampf um Erlangung einer Rente für erlittene Erwerbsbeschränkung. In solchen Fällen, wo diese armen Opfer infolge ihrer gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit von den berufenen Vertretern der Gewerkschaften — gut ausgebildeten Arbeitersekretären — eine wirksame Vertretung erhielten, konnten wenigstens die größten Schäden und Nachteile und die noch viel schmerzhafter wirkenden Demütigungen abgewehrt werden. Die Rechte des Klägers waren nach jeder Richtung hin gesichert. Wie sieht es dagegen heute aus? Die soeben erwähnten Berufsvertretungen sind fast in allen Orten, und darunter oftmals recht bedeutungsvollen, zum Nachteile der gesamten Arbeiterschaft verkümmert oder beseitigt worden. Die Gründe sind jedem Arbeiter, welchem noch die Kraft und das Recht zum selbständigen Denken verblieb, nicht unbekannt.

Wenn wir bis zum Jahre 1914 zurückgehen und, um ein recht drastisches Beispiel zu wählen, die Stadt Halle zu Vergleichen heranziehen, dann müßte jedem ehrlichen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen. Jahrzehnte langer Fleiß, alle Bemühungen und finanziellen Opfer unserer alten Gewerkschaftskollegen, eine der wertvollsten Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft, ist unbrauchbar gemacht und ohne Sinn und Verstand zerschlagen worden. Wir behaupten durchaus nicht zu viel, wenn wir sagen, daß das hallische Arbeitersekretariat unter der Führung des Genossen Undeutsch sich mit dem bestausgebauten Rechtsanwalts-Bureau messen konnte und in den Fällen, wo das Spezialgebiet — die Behandlung von Arbeiterfragen — zur Beurteilung stand, von keiner Einrichtung erreicht wurde. Was heute vorhanden ist, ist eine Karikatur, der Schatten von ehedem, eine Scheineinrichtung.

Aber nicht nur auf diesem Gebiete machen sich die schädigenden Wirkungen bemerkbar, sondern vornehmlich bei den Aermsten der Armen, den Rentenempfängern und solchen Arbeitern, die es infolge ihrer Verkrüppelung werden wollen. Es wäre früher ganz einfach unmöglich gewesen, daß ein tüchtiger Arbeitersekretär eine Behandlung der Verletzten durch die Versicherungsträger geduldet hätte, wie sie heute ganz allgemein gehandhabt wird. Vor Ablauf eines Zeitraumes von 6 Monaten ist es ganz unmöglich, daß einem Verletzten, und wenn er sich die Finger wund schreibt, ein Rentenbescheid erteilt wird, wenn er dann vor Ablauf weiterer 6 Monate — also ein Jahr nach dem Tage des Unfalles — den sogenannten Endbescheid erhält, welcher ihm das Recht gibt, seine Forderungen an Gerichtsstelle zu begründen, dann hat er Glück gehabt. Die Bedeutung und die Nachteile dieses Verhaltens zu schildern, würde zu weit führen. Aber das Ungeheuerlichste an der von den Berufsgenossenschaften geführten Geschäftsführung ist die Tatsache, daß die niedrigen Bewertungen des Krieges auf Friedensmark aufgebauten Renten fast sämtlich abgefunden wurden, und die Entschädigungen für während und nach dem Kriege passierte Unfälle, nach Papiergeldlöhnen berechnet und ausgezahlt werden. Eine Auszahlung kann in keinem Falle stattfinden, weil es solche Zahlungsmittel ganz einfach nicht mehr gibt. Ein Beispiel: Ein Verletzter, dessen Jahresarbeitsverdienst 1913 1200 Mk. betrug, erhielt für erlittene Unfallschädigungen eine Rente von 80 Prozent = 240 Mk. jährlich. Ein anderer Arbeiter, dessen Einkommen 1913 das gleiche war, bekommt, weil sein Jahresarbeitsverdienst in völlig entwertetem Papiergeld berechnet ist, für eine Schädigung in Höhe von 30 Prozent für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis einschließlich 31. März 1924 = 501,70 Mk., natürlich nicht Goldmark, sondern Papiermark. Diese Beträge können bekanntlich nicht mehr gezahlt werden.

Also, sämtliche Unfallrentenempfänger, ganz gleich, wie hoch der Grad der Erwerbsbeschränkung bemessen ist und ohne Rücksicht darauf, ob ihnen überhaupt eine Beschäftigungsmöglichkeit geboten wird, erhalten in den allermeisten Fällen nichts oder Beträge, die durch die Zustellungsgebühren aufgezehrt werden. Es ist durchaus nicht zuviel behauptet, wenn hier gesagt wird, daß dieser Zustand bei Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Arbeitersekretariate ganz einfach unmöglich wäre. Wie in allen Fällen, so auch in diesen, wird auf Kosten derjenigen gespart, die kaum das nackte Leben fristen können. Es dürfte sicher auch Aufgabe unserer Reichstagsfraktion sein, diesem Uebel energisch auf den Leib zu rücken. Der Angriff ist um so berechtigter, weil ja auch seit Beginn des Jahres die Unternehmerbeiträge auf Goldmark berechnet sind.

Planmäßige Unternehmersabotage.

Weitere reaktionäre Kräfte im Arbeitgeberlager.

Einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes von Stendal und Umgegend vom 7. Januar entnehmen wir folgende „Richtlinien zur Lohnpolitik":

1. Jede Maßnahme ist zu ergreifen, um den Tarifvertrag, der durch Eingreifen der staatlichen Organe entsteht, auszuweichen. Infolgedessen werden Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen zurzeit nach Möglichkeit abzulehnen sein. Die Durchführung zustande gekommener und verbindlich erklärter Schiedssprüche ist zu verhindern.
2. Auch für den Monat Januar soll entweder durch freie Vereinbarung oder einseitige Festsetzung ein weiterer Lohnabbau vorgenommen werden, der Hand in Hand mit einem weiteren Preisabbau gehen muß; für den einzusetzen sich die anwesenden Vertreter verpflichteten.
3. Im Interesse einer Verbilligung der Produktionskosten ist überall die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen.

Es erübrigt sich, noch viel zu diesem reaktionären Vorgehen der Arbeitgeber zu sagen. Die Arbeitnehmer werden wissen, was sie zu tun haben, um diesem Angriff der Arbeitgeber zu begegnen. Feststellen wollen wir nur, daß es lediglich die Arbeitnehmerschaft sein soll, die die Opfer bringen soll, um die Produktionskosten zu verbilligen, während man nicht sagt, was die Arbeitgeber tun wollen, um eine Gesundung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau ist die Parole des Unternehmertums, während es umgekehrt sein müßte. In den Zeiten der Inflation hinkten die Arbeitnehmer hinter den Preiserhöhungen sehr erheblich nach; jetzt sollen es wieder die Arbeitnehmer sein, die zuerst Opfer bringen müssen.

Der überschlaue Syndikus.

In Leuna haben die Arbeitgeber des Baugewerbes sich einen Major als Syndikus angestellt. Da Militärs von Wirtschaft recht wenig verstehen, so ist es auch zu verstehen, daß der gute Mann in seinem letzten Rundschreiben versucht, auf militärische Art Lohnverhältnisse zu regeln. Kurz und bündig behauptet Herr Stamann, da die Arbeitnehmerseite wegen der Tarifinstanzen angerufen habe, bleibe der festgesetzte Lohn bestehen. Wollen aber zur Information des alten Herrn einige Tatsachen auffrischen: 1. Den Tarifvertrag des Baugewerbes haben die Arbeitgeber von sich aus einseitig aufgehoben. 2. Außer dieser nicht rechtlichen Maßnahme haben die Bonzen außerdem den Tarifvertrag gekündigt. Da nun die Vertreter der Arbeiterschaft im Baugewerbe der Meinung sind, daß zum Theaterspielen jetzt die Zeiten zu ernst sind, daher fällt die Stellungnahme den Unternehmern des Baugewerbes stark auf die Nerven. Die Antwort auf die Forderungen der Arbeitgeber erfolgt im Frühjahr. Den Arbeitern sei nur geraten, recht kräftig ihre Organisation, den Deutschen Baugewerksbund, zu stärken, damit die Antwort recht deutlich ausfällt.

Zum Metallarbeiterstreik

geht uns von der Streikleitung ein längerer Bericht zu, dem wir entnehmen: Am Donnerstag hatte der Kollege Höcker in einer Vollsitzung des Betriebsrates des Leunawerkes Gelegenheit, über die Bedeutung des Kampfes um die Erhaltung des Achtstundentages zu sprechen. In der Aussprache wandten sich die Kollegen Hennig und Wenschel aus Merseburg gegen den Kollegen Höcker und bezweifelten, daß die Erhaltung des Achtstundentages für einzelne Industriegruppen noch möglich sei. Der mitteldeutschen Arbeiterschaft fehle es vielfach noch an der notwendigen Schulung. Diese Ausführungen fanden Widerspruch. Einstimmig wurde beschlossen, daß der Betriebsrat alle Anträge der Werksleitung auf Verlängerung der Arbeitszeit ablehnen soll. Zweifelt diese an dem Willen der Arbeiter, dann soll eine Urabstimmung im Betrieb vorgenommen werden. Kollege Höcker ersuchte den Betriebsrat, die Sammlungen für die Metallarbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Angeregt wurde, für die Erwerbslosen bei der Lohnzahlung einen bestimmten Betrag in Abzug zubringen und diesen dem Betriebsratsobmann zur Weiterleitung zu überweisen. Die Sitzung wurde durch das Erscheinen zweier Chemiker des Werkes unterbrochen, die an Hand einer Skizze die Ursachen der am Vormittag stattgefundenen furchtbaren Explosion erläuterten.

Der Streik der Metallarbeiter erregt in Halle in immer größerem Maße die Bevölkerungskreise. Gestern fand zum erstenmal die Speisung von Kindern der Streikenden statt, und zwar in Lösts Hof, in der Produktivgenossenschaft und im „Volkspark. Einige hallische Lebensmittelfirmen spendeten 200 Pfund Margarine. Die Ortsverwaltung beschloß, außer den von den Kollegen des Konsumvereins gestifteten 1000 Broten noch 1000 zuzukaufen und am Sonnabend durch die Verkaufsstellen gedruckte Karten gegen Vorzeigung der Streikkarte ein Brot auszuhändigen. Auch die Geldsammlungen zeigen erfreuliche Ergebnisse, so daß es möglich sein wird, in der nächsten Woche mindestens den verheirateten Kollegen einen kleinen Zuschuß zu gewähren. Einige Geschäftsleute, darunter auch der Fleischermeister Mangold in der Merseburger Straße, erklären, daß sie selbst für die Beseitigung des Achtstundentages sind. Auch die Brotfabrik Schubert und die Schokoladenwerke gehören zu den Feinden des Achtstundentages. Von den bestreikten Firmen gebärdet sich die Firma Winzer besonders reaktionär. Die Lehrlinge müssen des Nachts an der Fertigstellung von Pumpen arbeiten und am Tage werden sie mit Kesselklopfen beschäftigt. Außerdem müssen sie unter Aufsicht Steine klopfen. An die streikenden Kollegen versendet Herr Pottel Postkarten, wo er das Streikpostenstehen verbietet. Bei der Firma Lindner sind die Schmiede, die am Donnerstag angefangen hatten, am Freitag wieder in den Streik getreten.

Buchdruckerstreik im Saargebiet. Die Zeitungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Volksstimme" erscheinen nicht. Die wesentlichsten Forderungen der Setzer sind folgende: Der Reichsmantteltarif wird anerkannt mit folgenden Abänderungen: 1. Alle über die achtstündige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden werden als Ueberstunden bezahlt. 2. Bezahlung sämtlicher Feiertage. 3. Festlegung der Ferien nach dem Tarif 1922/23. 4. Bewilligung einer 20prozentigen Lohnerhöhung auf die bestehenden Löhne.

Kommunistische „Klassenkämpfer".

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" das Nachstehende: Die in Köln erscheinende „Sozialistische Republik" (offizielles Organ der KPD.) brachte in ihrer Nummer vom 9. Januar folgenden Erguß: „Wir brachten schon die Meldung aus dem Organ der Buchdrucker, die die Druckereibesitzer aufforderte, sofort in allen Druckereibetrieben den Arbeitern den Arbeitsvertrag zu kündigen. Dieser Aufforderung sind die Kölner Druckereibesitzer prompt nachgekommen. Von einer Abwehr gegen die „Machtbestrebungen der Druckereibesitzer" kann man indessen bei den Buchdruckerorganisationen nichts bemerken. Die Dekadenz der Gewerkschaftsführer treibt immer schönere Blüten. Um ihre Feigheit vor dem Kampfe zu verbergen, fallen sie auf das alte, bei vielen Buchdruckern anscheinend noch wirksame Mittel, auf die — Kommunisten zu schimpfen. . . . Die Gewerkschaftsführer haben Angst vor dem Kampfe und wollen die Buchdrucker kampflos den Scharfmachern im Buchdruckgewerbe ausliefern. Die Kommunisten sind die einzigen, die dem Proletariat jetzt in der Stunde der höchsten Gefahr klar und deutlich den Weg vorzeichnen (!) und die an die Massen herantreten und sie auffordern, mit allen Mitteln, auch mit dem Mittel des Generalstreiks, die Ausbeutungspläne der Kapitalisten abzuwehren." In der sozialdemokratischen „Sächsischen Zeitung" wurde hierauf von einem Buchdrucker u. a. folgendes erwidert: „Gerade die „Republik" hat kein Recht, gegen die Buchdrucker vom Leder zu ziehen. Im vergangenen Jahre haben Buchdrucker, die ungesetzlich vom Verlag der „Republik" entlassen worden waren, etwa 10 Klagen am Gewerbegericht und am Schlichtungsausschuß durchsechten müssen. Die Geschäftsführer der „Sozialistischen Republik" benahmen sich vor diesen Gerichten den klagenden Arbeitern gegenüber so arbeiterfeindlich, wie es ein Syndikus des Großkapitals auch nicht schlimmer hätte tun können. Ein Geschäftsführer hat dabei gebeten, die Klage zu abzuweisen, denn die „Sozialistische Republik" müsse zusammenbrechen, wenn dem Kläger recht gegeben würde. Doch es half alles nichts, der Kläger gewann. Zu derselben Zeit aber stand in der „Republik" zu lesen: „Hungerlöhne für die Buchdrucker", und die Buchdrucker wurden aufgefordert, zur Selbsthilfe zu schreiten. Jetzt glaubt die „Sozialistische Republik" den Augenblick für gekommen, die Buchdrucker vor ihren Parteifahren spannen zu können. Doch hat sie die Rechnung ohne die Buchdrucker gemacht. Hat dieses sogenannte Arbeiterblatt jetzt wirklich zum Konflikt im Buchdruckgewerbe nichts anderes zu sagen? Weiß es nicht, daß die Scharfmacherorganisation im Buchdruckgewerbe, der Deutsche Buchdruckerverein, das Personal gekündigt hat, um die 54stündige Arbeitswoche und verschiedene andere Verschlechterungen durchzudrücken? Müßte es nicht jetzt gegen die Unternehmergelüste vorgehen und nicht gegen die Buchdrucker, deren Organisationen und Führer in Ruhe lassen? Eingeweihte wissen, warum das nicht möglich ist, nämlich: Die „Republik" ist Mitglied des Deutscher Buchdruckervereins!" Wenn das letztere wirklich zutreffen sollte, so wäre das ein nicht zu überbietender Skandal. Ein kommunistisches Unternehmen Arm in Arm mit den Scharfmachern in einer Unternehmer-Organisation, das ist eine Verührung der Extremen in höchster Steigerungsmöglichkeit. Da werden von den Kommunisten die Gewerkschaftsführer als unfähige Kerle hingestellt und als Lumpen und Verräter beschimpft, die mit Sitznes und Konsorten unter einer Decke stecken, während man selbst nichts darin findet, die Unternehmerverbände zu stärken zur Bekämpfung der Arbeiterinteressen. Die Buchdrucker werden die letzten sein, die kommunistischen Wirrköpfen ins Garn laufen.

Von den Kommunisten zu den Gelben.

Im kommunistischen Jargon spricht man, wenn man den Gewerkschaftsführern eins auswischen will, gewöhnlich von den „Gelben". „Die „gelbe" Amsterdamer Internationale muß bekämpft werden" und wie die Parolen sonst lauten. Komisch mutteten diese Vorwürfe besonders dann an, wenn sie von Leuten kamen, die früher selbst im Lager der „Gelben" oder dicht dabei gesonnen hatten. Man konnte sich nämlich des Eindrucks selten erwehren, daß man dieselben Helden gelegentlich wieder bei den Gelben landen sehen würde. Wie sehr man mit dieser Vermutung im Recht war, beweist die Tatsache, daß früher ziemlich eifrige Parteigänger der KPD. heute Mitglieder des „Stahlhelm" und ähnlicher Organisationen sind.

Der „Vorwärts" ist in der Lage, so ein Musterexemplar unter Namensnennung vorzuführen. In Berlin wurde nach dem verlorenen Streik der Buchdrucker im November 1923 ein sogenannter „Berufsverband nationaler Buchdrucker" gegründet, dessen allerdings ungesetzlicher Arbeitsnachweis von den Buchdruckunternehmern eifrig benutzt wurde. Als „Hauptkassierer" dieses Vereinchens taucht jetzt ein Buchdrucker Fr. Baartz auf, der noch am 2. Januar 1924 die Berliner Gauleitung des Buchdruckerverbandes angepöbelt hatte, weil dieser angeblich nichts gegen den gelben Nachweis unternommen habe. Auch sonst gehörte Baartz zu den Radikalinski, die Ablehnung aller Lohnabkommen verlangen, sich ständig mit ihrer kommunistischen Parteimitgliedschaft brüsten und die „reformistischen" Gewerkschaftsgenossen niederbrüllen. Es gibt, namentlich bei uns in Mitteldeutschland, aber nicht nur einen Fr. Baartz, sondern leider sehr viele, und deshalb soll man ihrem Maulheldentum auch stets mit der richtigen Quittung dienen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Proving und Sport: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Halleische Genossenschafts-Buchdruckerei. e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44

Periodin die Grosse kostet 40 Goldpfennig.

Die fränkische Lene.

Ein soziales Zeit- und Lebensbild.

Von Paul Sachse.

10]

„Aber ist denn Armut eine Schande?" — philosophierte er weiter. Die Antwort hierauf versuchte der Hans sich selbst zu geben: „Oane besond're Ehr' scheint's halt aber a net a' sein — denn sonst könnt'n 's doch ka Anstoß net nehmen! Na, wenn's halt net a' uns kemma, kann man am End' a mol a' ihna gehn. A Grüß Gott kann man ihna schon noch schenken!"

Jetzt reifte in ihm auch der Entschluß, seiner Schwester, der Metzgersfusi, am nächsten Sonntag einen Besuch abzustatten. Obwohl diese reichlich lange nichts von sich hatte hören lassen, wollte er sich einmal persönlich bei ihr vorstellen. Die Kinder durften dabei natürlich nicht fehlen. Die Schwester würde sich gewiß freuen, ihnen allen die Hand drücken zu können . . .

So dachte der Hans.

Am nächsten Sonntag mußten die vier Kinder sich zum Ausgang fertigmachen. Das war noch nicht dagewesen, daß der Vater sie einmal mitnahm. Der Tante wollten sie alle ein recht freundliches „Grüß Gott!" entgegenbringen — und bald stand der Hans mit den Kindern im Hause der Susi.

Diese saß gerade abmungslos neben dem Kamin auf ihrem Lieblingsplätzchen. Ihre Körperfülle nahm den ganzen Holzlehnstuhl ein. Das dicke volle Gesicht mit den roten Hängebacken ging in einen ebensolchen Hals über; das ganze Aeußere war ein Bild der Fettsucht.

Die Gestalt konnte sich nicht ohne Hilfe eines Krückstocks in Bewegung setzen. Der Zustand der Metzgersfusi war sprichwörtlich geworden. Aber die bösen Nachbarn behaupteten, daß es unheilbare Fettsucht sei, die sie so schwerfällig machte. —

„A nai, jetzt kommt a d'r Hans. Hast denn a noch mol zu mir g'traut? Und bei Kinder werd'n groß!" Mit diesen Worten wollte sie ihrer „freudigen" Ueberraschung dem Hans und seinen Kindern gegenüber Ausdruck verleihen, die nun in der Stube standen.

A freili, Schwester, werd'n mei Kinder groß. 's wird aba a Zeit. Man wird halt immer älter und weiß nimmer, wie lang' mer noch lebt. Da möcht'n die Kinder ihr Brot schon verdien'n könn'n, wenn mer halt nimmer auf der Welt ist!"

Das war die erste Begrüßung nach langer Zeit. Die Susi warf einige prüfende, neugierige Blicke auf die Kinder. Noch sehr verschüchtert traten diese nunmehr an die Tante heran, um ihr nacheinander die Hände zu reichen.

Der Hans blickte sich inzwischen neugierig in der Wohnung um, deren Einrichtung verhältnismäßig einfach war. Die Susi mochte das bemerkt haben, und es kam ihr der Gedanke auf, daß ihr Bruder nebst Kindern „Ansprüche" an sie stellen könnte. Darum deckte sie die Maske der „armen Frau" auf. Und so sagte sie, um keine Hans keine falsche Meinung aufkommen zu lassen:

„Aber z' essen kann i bir und dein'n Kindern halt nix geben, als a Schäle Kaffee und a Stückl Brot."

„Ai hab' g'rad denkt, i krieg a was Ordentliches, wo du vergang'ne Woche erst g'schlacht hast," meinte darauf freimütig der Hans.

„Na, na! Die Sau war halt so a g'ripptes (mageres) Luder. Ka Bröd'l Fett's hat's g'hebt. Lauter mag'res. Wirst halt nix von kriegen können. Ja, d' Winter, der ist a lang, da muß i mich schon ein'richten suchen d'aus."

Das war für den Hans, der seine Schwester im Geben nur zu gut kannte, seine Verblüffung weiter.

„Die bremst a nit schlecht!" dachte er in seinem Sinn. „Na, wenn d' a net bei Sau gleich z' opfern brauchst — aber anschau'n, dös kannst ein'm schon mal lassen."

Mit diesen Worten parierte er die einschränkende Absicht der Metzgersfusi gut ab und machte sie bedenklich für einen Augenblick in ihrem Grundsatz schwankend. Mit unsicherem Griff hantierte sie an ihrem Ledergürtel herum, an welchem ein großes Bund Schlüssel hing.

Vielleicht damit ihr Bruder ihren „guten Willen" wenigstens anerkennen sollte, erhob sie sich jetzt äußerst umständlich von ihrem breiten Sitz und versuchte, watschelnd wie eine Ente, vorwärts nach der Tür zu gelangen. Aber schon nach einigen Schritten trat sie den Rückzug wieder an. Das sollte für den Hans der Beweis dafür sein, daß sie zwar zur Ausübung einer edlen Tat den besten Willen habe, die Ausführung aber — und scheinbar sollte diese ihr „Leiden" darstellen — eine „höhere Macht" verhindere. Schwer ächzend fiel sie auf ihre Sitzgelegenheit zurück, die gegen eine solch ungewöhnliche Last sich zu sträuben schien, indem sie verdächtig knarrende Laute von sich gab. Dann stöhnte die Susi:

„Hansl, i kann dir halt nix geben!" Doch schien sie sich gleich verbessern zu wollen. Gegen die soeben ins Zimmer tretende Hausthälterin gewendet, reichte sie dieser die Schlüssel zur Fleischkammer und zwinkerte ihr mit ihren kleinen runden Augen bedeutungsvoll zu, indem sie sagte:

„Da geh Liesl, hol' dem Hansl und den Kindern a Brödel Wurst!"

Die Aufwärterin ergriff die Schlüssel, wandte sich zur Tür und humpelte hinaus, das Verlangte aus der Fleischkammer zu holen.

Der Hans verfolgte diesen Hergang mit steigendem Interesse. Ihm kam jetzt ein genialer Gedanke. Schnell stand er auf und ging der Liesl in die Fleischkammer nach. Die giftigen Blicke der Schwester bemerkte er bei diesem Beginnen nicht, sonst würden ihn diese vielleicht an die Stelle gebannt haben.

In der Fleischkammer draußen wollte Liesl gerade damit beginnen, in wohl abgemessenen Schnitten den ihr zugedachten Auftrag zu erledigen, als der Hans eintrat. Mit raschem Griff langte er in die hintere Tasche, in der er sein Messer aufbewahrte, holte das Instrument hervor — und schon war die Liesl sanft beiseitegeschoben.

„A laß nur, spar' dir das Geh' — jetzt will i mich mal mit meinen Kindern ordentlich satiessen!" Mit diesen Worten begann er die reichlich vorhandenen delikaten Fleischwaren mit dem Messer zu bearbeiten, indem er mit größeren Schnitten, als sie die Liesl berechnet hatte, kräftig die Fleischteile loslöste. „So fiel der Ertrag seiner „Arbeit" natürlich nicht zu seinem Nachteile aus — und in den nächsten Minuten stand er bereits wieder in der Stube.

„Hast di aber verdündigt und der Sau Unrecht g'tan. Sell war aber lo so g'ripptes Luder, dei Sau. So a scheß's Tier hab' i ja no gar net g'schaut, wie du in der Rauchkammer hängen hast."

Mit diesen Worten zeigte der Hans seiner Schwester die erbeutete Rollstrobe.

Die Susi, die ihren Bruder von seiner Eigenmächtigkeit nicht abzuhalten vermochte, kämpfte beinahe mit der Ohnmacht. O, wenn sie doch wenigstens in diesem Augenblick gekonnt hätte, wie sie wollte! Aber so mußte sie sich wohl oder übel in das Unerhörte schicken.

„O mei, dös brauch'st halt net z' mach'n! O mei schöne Sau, mei berg'ge Sau!"

Diese etwas eigenartig anmutende Pietät für das tote Vorsteinvieh war im Tone der Verzweiflung abgestimmt. Der Hans aber hatte für diese von seiner Schwester an den Tag gelegte Rührseligkeit kein besonderes Interesse. Ruhig und gelassen ließ er seine Beute in der Tasche verschwinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0007

Organisations-Statut der Sozialdemokratischen Partei.

Die auf dem Vereinigungsparteitag 1922 in Nürnberg gewählte Kommission hat gemeinschaftlich mit dem Parteivorstand nachstehenden Entwurf ausgearbeitet, der dem Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteiämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen. Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Vorschläge für die Bezirks-, Kreis-, Provinzialvertretung und die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 3 genannten Körperschaften.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe eines Wochenbeitrages.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Internationale zu leisten.

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahres erfolgen.

Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinnes an den Parteivorstand abzuführen.

Berichterstattung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. Aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;
4. den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschlusse des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alle zwei Jahre ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 8 Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;
2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßtem Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 10 und 11.)

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, drei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die gewissenhafte Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren. Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteiförderschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei anzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

(Schluß folgt.)

Anzeigenvertretung für Merseburg: Hugo Kämpf, Unteraltenburg 51

MERSEBURG

Bestellungen für das „Volksblatt" bei den Funktionären der VSPD. u. Austr.

Inventur-Ausverkauf

Merseburg Paul Ehlert Nfg. Entenplan 11

Die bei der Inventur zurückgesetzten Artikel, sowie andere hierfür besonders günstig erworbenen Warenmengen kommen zu

ganz außergewöhnlich billigen Preisen

zum Verkauf!

Die zum Ausverkauf gestellten Artikel sind, soweit der Platz reicht, übersichtlich auf Tischen mit Preisen ausgelegt

Mengenabgabe muß ich mir vorbehalten. Beachten Sie meine Schaufenster.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401261-13/fragment/page=0008